

Oliver Ginhör

VÖS – Bund der Steuerzahler

Schwarzbuch

2015

Von wo der Staat Geld für
eine Steuerreform herbekommt



Inhalt

1. Vorwort
2. Länder und Gemeinden
3. Gesundheit
4. ÖBB
5. Förderungen und Subventionen
6. Öffentliche Verwaltung
7. Aktuelle Fälle von Steuergeldver(sch)wendung

1. Vorwort

Österreich ist ein reiches Land, eines der reichsten der Welt. Die österreichische Bundesregierung ist eine reiche Regierung, auch die Landesregierungen verfügen über viel Geld. Dieses Geld kommt von uns allen, die wir Steuern und Abgaben zahlen, und es ist so viel, weil die Abgabenquote, das ist die Gesamtbelastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, heuer geschätzt bereits bei 48% liegt. Der Steuerzahlertag, international als „tax free day“ bezeichnet, ist der erste Tag im Jahr, an dem ein durchschnittlicher Steuerzahler nicht mehr Geld zur Bezahlung seiner Steuern und Abgaben verdienen muss und liegt heuer voraussichtlich in den ersten Augusttagen (zuletzt war es der 31. Juli).



Diese Abgabenquote steigt von Jahr zu Jahr, ohne dass die Regierung etwas dazu tun müsste: Durch die sogenannte „kalte Progression“, das ist das inflationsbedingte Hineinwachsen der langsam steigenden Löhne, Gehälter und Einkünfte in immer höhere Steuersätze, die selbst gleich bleiben, erhöht sich das Steueraufkommen gerade durch untätig bleiben der Regierung bzw. des Gesetzgebers.

Nun ist viel Geld für eine Regierung nicht schon per se etwas Schlechtes. Entscheidend ist, was die Regierung damit macht, wie verantwortungsvoll sie damit umgeht und ob sie den in der österreichischen Bundesverfassung verankerten Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit nachkommt.

Die Aufgabe, das zu überprüfen, hat neben dem Parlament (und hier vor allem die Opposition) vor allem der Rechnungshof. Dort, wo er Missstände findet und aufzeigt wäre ein entsprechendes Handeln der Verantwortlichen gefordert. Leider ist dies oft und leider auch in immer größerem finanziellen Umfang nicht der Fall.

Hier wird an Hand einiger Beispiele gezeigt, wo Bund und Länder Steuergelder verschwenden, entweder durch weit überhöhte und die ursprünglichen Kostenvoranschläge um ein Vielfaches übersteigende Vorhaben oder durch überhaupt fragwürdige Aktionen wie etwa Tunnelbauten der ÖBB, die Anschaffung von inzwischen nahezu stillgelegten Abfangjägern für das Heer oder die Bankenrettung. Alleine bei diesen Beispielen ist von Ausgaben in zweistelliger Milliardenhöhe die Rede. Eine den Namen auch verdienende Verwaltungsreform, die z.B. auch die ganze ÖBB, die

Pensionsversicherung und eine Durchforstung des Subventionen beinhaltet und sich auch dem Herkulesunternehmen, die föderalen Kompetenzen sinnvoller aufzuteilen und Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, könnte die finanzielle Basis für die von allen Seiten herbeigeredete Steuerreform und Steuerentlastung sein.

Der VÖS – Bund der Steuerzahler setzt sich seit vielen Jahren ein für

- Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung
- Vereinfachung des unübersichtlichen Steuersystems
- Eiserne Sparsamkeit in Bund, Ländern und Gemeinden
- Abbau unberechtigter Subventionen
- Reduzierung des aufgeblähten und kostspieligen öffentlichen Verwaltungsapparates
- Abbau der Staatsverschuldung
- Sparsame und bürgernahe Verwaltung
- Verhinderung von Steuergeldverschwendung bzw. deren Bestrafung

Mit diesem Schwarzbuch werden, gestützt auf Berichte des Rechnungshofes, aber auch andere Quellen, aus einigen Bereichen der staatlichen Verwaltung fragwürdige Steuergeldverwendungen und auch offenkundige Verschwendungen aufgezeigt. Es sind dies freilich nur einige Schlaglichter ohne Anspruch auf Vollständigkeit und es ist klar, dass Österreich – nicht zuletzt zur Finanzierung einer Steuerreform, die die unüberschaubaren Steuersysteme vereinfacht und die unerträglich hohe Abgabenquote vor allem für kleine und mittlere Einkommen spürbar senkt – um eine umfassende Verwaltungsreform nicht herumkommen wird. Das muss eine Reduzierung der Staatsaufgaben und der dafür erforderlichen Verwaltungseinheiten und Behörden ebenso erfassen wie eine Angleichung der unterschiedlichen Einkommens- und Sozialversicherungssysteme, vor allem auch der Pensionssysteme an das Niveau der allgemeinen Sozialversicherung. Je eher, desto besser.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitgliedern des Bundes der Steuerzahler und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an diesem Schwarzbuch für ihr Engagement danken. Alle, die sich durch dieses Schwarzbuch in ihrer Kritik am Staat bestätigt fühlen, möchte ich einladen, uns als Mitglieder des VÖS – Bund der Steuerzahler zu unterstützen. Nähere

Informationen dazu und zu unserer Arbeit finden Sie unter www.steuerzahler.at.

Es ist auch Ihr Geld, für dessen sinnvolle Verwendung wir kämpfen.

Gs Pr

2. Länder und Gemeinden

Haftungen des Landes Kärnten für Hypo Alpe-Adria-Bank International AG und Hypo Alpe-Adria Bank AG

Bis zur Gesetzesänderung im Jahr 2004 haftete das Land Kärnten für Verbindlichkeiten der Hypo Alpe-Adria. Dabei nahm es insbesondere seine Kontrollrechte nicht ausreichend wahr und verzichtete im großen Stil auf Prüfungen der Hypo Alpe-Adria. Wie prekär die Zustände schon im Jahr 2004 rund um die Hypo waren verdeutlichte der Umstand, dass Prüfern des Rechnungshofs die Einsicht in die Bücher der Osteuropäischen Töchter der Hypo verweigert wurde.¹

Bei der Ermittlung der Verbindlichkeiten mit Haftungen des Landes Kärnten sind dabei einige Fehler in den Berechnungen der Provisionen passiert. Im Dezember 2009 übernahm die Republik Österreich sämtliche Anteile der Hypo-Alpe-Adria International. Theoretisch ergibt sich bis zum Jahr 2017 ein Gesamtbetrag an Haftungsprovisionen von rund 65 Millionen Euro, die zu decken wären. Ende des Jahres 2013 brauchte die Hypo über eine Milliarde Euro an Geld, damit sie überhaupt eine Bilanz erstellen konnte.

¹ Vgl. Die Presse (18.02.2014), Hypo-Skandal: Das Versagen der Kontrolleure

Durch die Rettung der Hypo wird das Budgetdefizit um vier Milliarden Euro oder 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Der österreichische Finanzminister plädiert für drastische Einsparungen in Bereich der Forschung und Infrastruktur um das Maastricht-Defizit nicht zu übersteigen.

Die Hypo benötigt erneut Geld, da massive Abwertungen von Geschäftsteilen in Osteuropa drohen. Doch Klarheit über die Zahlen für 2013 und die Risiken für 2014 herrsche noch immer nicht, beklagte Spindelegger in dem Interview mit der Zeitung "Die Presse". "Es ist dem Vorstand noch immer nicht gelungen, exakte Zahlen zu liefern." Erst wenn sich der Vorstand schriftlich festlege, gebe es Geld, betonte der Finanzminister und drohte indirekt mit dem Rauswurf von Vorständen. "Ich schließe personelle Konsequenzen nicht aus".²

Um eine noch größere Tragödie abzuwenden wurde die Hypo in eine Bad Bank übergeführt. Eine Bad Bank ist eine Bank die gegründet wird, um Schulden zu tilgen, um die eigentliche Bank, die die Schulden an die Bad Bank überträgt „nicht zu belasten“. Aus der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt,

² Vgl. Wirtschaftsblatt (17.3.2014), Hypo-Abwicklung: Spindlegger will BayernLB die Lederhosen ausziehen

dass eine Bad Bank für den Steuerzahler oft nicht die beste Alternative ist und in etwa gleich viel wie der Konkursfall kosten wird. Bis jetzt hat die Bank schon gewaltige 4,8 Milliarden Euro an Steuergeldern verschlungen.³

Des Weiteren kostet der derzeitige Zivilprozess gegen die Ex-Manager und Ex-Eigentümer der Hypo den Steuerzahler täglich 250.000 Euro.⁴ Auch die Task Force zur Abwicklung der Hypo Alpe-Adria wird dem Steuerzahler noch teuer zu stehen kommen.

³ Vgl. Wirtschaftsblatt (14.3.2014), Michael Spindelegger entscheidet sich bei Hypo für ein Ende mit Schrecken

⁴ Vgl. Wirtschaftsblatt (25.2.2014), Prozess 250.000 Euro für jeden Gerichtstag

Fremdwährungsswaps- und Zinsabsicherungsgeschäfte der Stadt Linz

Die Schulden der Stadt Linz, der Immobilien Linz GmbH, der Immobilien Linz GmbH & Co KG sowie der LINZ AG stiegen von rund 883 Millionen im Jahr 2006 auf rund 1,5 Milliarden im Jahr 2010. Das ist eine **Steigerung von 72 Prozent** der Schulden innerhalb von 4 Jahren.

Im Jahr 2004 wurde durch Beschluss des Gemeinderates die Finanz- und Vermögensverwaltung ermächtigt, das Fremdfinanzierungsportfolio durch Abschluss marktüblicher Finanzgeschäfte und Finanzterminkontrakte zu optimieren. Diese weitreichende Ermächtigung widersprach dem Stadtstatut. Vor allem für ausländische Absicherungsgeschäfte blieben genauere Regelungen aus. Der Bürgermeister der Stadt Linz schloss 2006 ohne Vorliegen eines professionellen Risikomanagements Verträge mit Banken ab, die den Abschluss von riskanten Geschäften für den Finanzdirektor und seinen Stellvertreter möglich machten.

Die Geschäftsgruppe Finanz- und Vermögensverwaltung der Stadt Linz ist unter anderem für das Vermögensmanagement, die Finanzplanung und das Controlling verantwortlich. Sie

ging im Zeitraum von September 2006 bis 2007 äußerst spekulative Derivate, zum Teil ohne Absicherungszweck für die Stadt Linz ein. (Im Normalfall sollten Derivatgeschäfte nur zu einem bestehenden Grundgeschäft abgeschlossen werden, um das Risiko zu minimieren). Das Vier-Augen-Prinzip wurde dabei teilweise nicht eingehalten. Der Stadt Linz fehlte es an einem professionellen, effizienten Risikomanagement mit Kompetenzregelungen, Limitvorgaben und einem verbindlich festgelegten Vier-Augen-Prinzip für den Abschluss von Finanzgeschäften. Dadurch war die Stadt Linz über die Vorgehensweisen unzureichend informiert.

Insgesamt schlossen die Stadt Linz und die anderen Gesellschaften Derivatgeschäfte in der Höhe von rund 482 Millionen Euro ab. Davon erfüllten 10 Prozent nicht den Zweck zur Absicherung und 33 Prozent erfüllten ihn nur teilweise. Die von der Stadt Linz und der LINZ AG abgeschlossenen Derivate erreichten ein Volumen von 342,51 Millionen Schweizer Franken. Besonders erschreckend ist, dass rund 57 Prozent keinen Absicherungszweck erfüllen. (Merkmale von riskanten Derivaten: Komplexität, schlecht handelbar, unbegrenztes Risiko, unlimitierte Zahlungsverpflichtungen)

Besonders ein Swap wurde möglicherweise durch den ehemaligen Finanzdirektor ohne Berechtigung zum Nachteil der Stadt Linz gehandelt. Bei diesem Swap war es möglich 37,5 Millionen Euro zu gewinnen, jedoch stand der mögliche **Verlust von zirka 418 Millionen Euro** in keinem Verhältnis dazu. Dabei legte der Finanzvorstand nicht sachgerechte, unvollständige Berichte vor und die Entscheidungsträger versäumten es, Hinweisen auf risikoreiche Finanzgeschäfte genau nachzugehen, um den möglichen resultierenden Schaden zu minimieren. Auch ein mögliches Worst-Case Szenario wurde nicht berechnet. Durch diese Verletzungen der Bestimmungen handelte der Finanzdirektor möglicherweise pflichtwidrig zum Nachteil der Stadt Linz. Durch die Nichtbegrenzung des Risikos hatte die Stadt Linz möglicherweise gegen das gesetzlich verankerte Spekulationsverbot verstoßen.

Die BAWAG P.S.K., mit der die Derivate abgeschlossen wurde, verlangte von der Stadt Linz die Zahlung von rund 418 Millionen Euro samt 8 Prozent Zinsen über dem Basiszinssatz. Derzeit sind die straf- und zivilrechtlichen Verfahren gegen die Verantwortlichen am Laufen.

Land Salzburg-finanzielle Lage

Am 6. Dezember 2012 flog der Salzburger Spekulationsskandal auf, welcher die gravierenden Missstände des Finanzmanagements des Landes Salzburg aufzeigte und dadurch zu massiven parteipolitischen Veränderungen führte. Untersuchungen der finanziellen Lage des Landes Salzburgs ergaben, dass kein wirksames internes Kontrollsystem eingerichtet war. Prinzipien, die eine interne Kontrolle ermöglichen, waren nicht sichergestellt. Allein schon aufgrund des umfangreichen Tätigkeitsbereichs, verglichen anhand des Personalstands, kann man ableiten, dass ein generell übliches „Vier-Augen-Prinzip“ nicht gewährleistet werden konnte. Es war somit nicht möglich, die Funktionstrennung einzuhalten.

Auf Erlass des Landesamtsdirektors wurde die Interne Revision **ausdrücklich von der Prüfung** der Gebarung und des Rechnungswesens **ausgenommen**. Es wurden Konten ohne Wissen und Zugriff der Landesbuchhaltung eröffnet – 300 Bankkonten, davon 120 Fremdwährungskonten, sind durch diese Kontrolllücke entstanden. Der aus diesen Konten entstandene Umsatz in der Höhe von 9,5 Mrd. EUR wurde daher nicht in der Landesbuchhaltung erfasst und stammte

zum Teil aus offensichtlich spekulativem Hintergrund. Durch das Verschweigen dieser Umsätze wurde die Aussagekraft des Rechnungswesens grob verfälscht.

Gegen Ende 2012 verwendete das Land Salzburg rund 55 Prozent seiner gesamten Refinanzierung (aufgenommene Schulden) zur Finanzierung von spekulativen Finanzgeschäften. Es wurde ein gravierendes Risiko eingegangen, dass mit den Aufgaben einer Gebietskörperschaft nicht vereinbar ist. So entstanden beispielsweise aus einem höchst spekulativem Gold-Optionsgeschäft mit einer Investmentbank ein Verlust in der Höhe 85 Millionen Euro.⁵ Weitere Spekulationsgeschäfte umfassten beispielsweise die Entwicklung der türkischen Lira, der isländischen Krone oder des südafrikanischen Rands.⁶

Bei einer Prüfung des Rechnungshofs Ende 2007 wurde das Risikopotenzial der Finanzschulden mit 41 Prozent beziffert; dies entspricht einer Höhe von 178,20 Mio. EUR – das sind knapp 10 Prozent der Einnahmen des Landesvoranschlags.

⁵ Vgl. Salzburg24 (13.05.2014), Salzburg wettete auf Goldkurs und verlor

⁶ Vgl. Der Standard (15.11.2012), Land Salzburg liebt exotische Geldwetten

Brisant ist die Tatsache, dass dieser Risikowert achtmal so hoch war wie vergleichbare Risikowerte des Bundes.

Bereits im Jahr 2009 wurden wesentliche Empfehlungen für das Finanzmanagement von Gebietskörperschaften vom RH veröffentlicht. Er machte dabei immer wieder aufmerksam, wie essentiell eine Bindung von Derivatgeschäften an Grundgeschäften ist. Ebenso wurde erwähnt, dass sowohl eine Messung als auch eine gezielte Überwachung der Risiken als absolut notwendig erachtet wird. Sämtliche dieser Empfehlungen wurden vom Land Salzburg nicht bzw. nicht ausreichend umgesetzt.

Der Rechnungshof wählte bei der Durchführung einer Folgeprüfung gezielt das Land Salzburg aus, musste jedoch feststellen, dass bewusst Protokolle des Finanzbeirats gelöscht bzw. maßgeblich verändert worden sind. Die Protokolle vermitteln somit ein falsches Bild und täuschen über die wahren Vermögensverschiebungen.

Folgende Punkte wurden nicht ordnungsgemäß ausgewiesen:

- Die Wertpapierposition des Landes Salzburg iHv. **1,2 Mio. EUR** wurde als viel zu niedrig dargestellt. Tatsächlich ergab sich ein Barwert von **1,354 Mrd. EUR**
- Die verdeckt eröffneten Bankkonten (300) und Fremdwährungskonten (120) verzeichneten 2012 einen **Umsatz von 9,5 Mrd. EUR**
- Verbindlichkeiten wurden iHv. **1,370 Mrd. EUR** verbucht. Der Nominalwert betrug jedoch **3,507 Mrd. EUR**

Flüchtlingsbetreuung der Länder Wien, Salzburg und Steiermark

Im Jahr 2004 haben der Bund und die Länder ein System der Flüchtlingsbetreuung entwickelt.⁷ Schon kurz nach der Einführung dieser Grundversorgungsvereinbarung kam es zu Widerständen einzelner Länder. Der damalige Vorarlberger Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler meinte, dass Vorarlberg die Quote der Asylwerber sicher nicht erfüllen werde und auch der damalige Kärntener Landeshauptmann Jörg Haider sträubte sich gegen die Umsetzung.

Die enorm hohen Kosten für die Flüchtlingsbetreuung belaufen sich im Land Salzburg auf 7,7 Millionen Euro, beim Land Steiermark auf 19 Millionen Euro und beim Land Wien auf 33,2 Millionen Euro. Zwischen dem Jahr 2007 und 2010 lagen die Ausgaben je betreuter Person im Land Steiermark auf 12 Prozent über den Ausgaben Salzburgs und 19 Prozent über den Ausgaben Wiens.

Der Gesetzgeber verabsäumte es, einzelne Passagen der Grundversorgungsvereinbarung vollends durchzudenken und öffnete dadurch der Verschwendung von Steuergeldern Tür und Tor. Die Auswirkungen dieser juristischen und politischen

⁷Vgl. Grundversorgungsvereinbarung - Art. 15a B-VG

Fehler von Bund und Ländern ziehen sich bis zum heutigen Tag fort.

Für den Steuerzahler entstehen dadurch enorme Kosten, deren Höhe aber nicht genau eingeschätzt werden können, weil es bei den Ländern an einer umfassenden Kostenrechnung fehlt. Auch ein Überblick über die Gesamtkosten der Grundversorgung fehlt.

Einerseits wurde die Zielgruppe der zu betreuenden Flüchtlinge zu ungenau umschrieben. Es ergaben sich rechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Länder, sodass der Bund die Kosten der Länder, wie eigentlich in der Grundversorgungsvereinbarung vorgesehen ist, nicht refundierte. Dadurch entstanden/entstehen ungeplante Mehrkosten, die sich negativ auf das Budget der Länder auswirken. Andererseits wurde es verabsäumt genau für solche Streitigkeiten eine Schlichtungsstelle einzurichten. Diese hätte viel Zeit und Kosten gespart und auch inhaltliche Verbesserungen gebracht, da juristische Streitigkeiten zeitnah und kostengünstig beseitigt werden könnten.

Auch die Aspekte in der Umsetzung der Grundversorgung durch Länder und Bund sind als suboptimal zu werten. Konkret hat z.B. das Land Steiermark die für sich

beschäftigten privaten Einrichtungen und Institutionen deutlich über dem für solche Leistungen einschlägigen Kollektivvertrag bezahlt. Diese „Überbezahlung“ verursacht jährliche Kosten von ungefähr **550.000 EUR**. Des Weiteren entsprachen die Direktvergaben der Betreuungs- und Beratungsleistungen des Landes Salzburg nicht dem Vergaberecht und wurden darüber hinaus mit einem unzumutbar kurzen Vergabezeitraum gekoppelt.

Schließlich verabsäumte es das Land Steiermark, die Möglichkeiten der Individualunterbringung vollends auszuschöpfen. Während in Wien nur ca. 30 Prozent der Flüchtlinge in den teuren vom Land organisierten Quartieren untergebracht wurden, belief sich die Auslastung in der Steiermark auf rund zwei Drittel. Dadurch entstanden/entstehen Kosten, die um das **Zwei- bis Fünffache höher** sind als bei einer alternativen Individualunterbringung. Das heißt bei der Wahl zwischen einer privaten Unterbringung oder einer organisierten Unterbringung durch den Staat kann sich ein Kostenunterschied bis zu 400 % ergeben.⁸

⁸ Vgl. Der Standard (28.03.2013), Rechnungshof kritisiert Asylwerber-Versorgung

Der FPÖ-Klubchef Georg Mayer kommentierte zur Flüchtlingsbetreuung der Steiermark, dass schlussendlich der Fall eingetreten sei vor dem die Freiheitliche Partei lange Zeit gewarnt hatte: „überhöhte Kosten, eine schlechte Verteilung der Asylwerber und zahnlose Kontrollmöglichkeiten der Behörden“, und bezeichnete das steirische Asylwesen als ein Fass ohne Boden für den Steuerzahler. Unverzögliche Maßnahmen wurden vom zuständigen Regierungsmitglied Schrittweiser gefordert.⁹

⁹ Vgl. FPÖ-Steiermark (14. März 2013), Rechnungshofbericht offenbart Missstände im steirischen Asylwesen

3. Gesundheit

AKH-Skandal: keine gemeinsame Betriebsführung der Krankenversorgung und Universitäten

Das Wiener Allgemeine Krankenhaus ist mit rund 2.200 behördlich genehmigten Betten, 4 Milliarden Euro Errichtungskosten und 1,2 Milliarden laufenden Kosten pro Jahr die größte und kostenintensivste Krankenanstalt Österreichs.

Problematisch ist die Tatsache, dass eine effiziente Betriebsführung durch unterschiedliche Zuständigkeiten erschwert bzw. unmöglich ist. Für die Krankenversorgung ist die Stadt Wien zuständig, welche Pflegekräfte und Infrastruktur zur Verfügung stellt. Der Bund ist für die Universitäten verantwortlich. Somit ist die Zuständigkeit zwischen Bund und Land aufgeteilt. Dies führt zu massiven Schwierigkeiten in vielerlei Hinsicht. Da es für Ärzte (Bund) und Krankenschwestern (Stadt Wien) unterschiedliche Personalzuständigkeiten gibt, sind enorme Konflikte vorprogrammiert. Trotz der 25 Jahre langen Bemühungen ist keine gemeinsame Betriebsführung gelungen, somit bleiben Entscheidungs- und Finanzierungsstrukturen getrennt. Das Resultat aus diesen Unstimmigkeiten waren erhebliche Probleme bei der Zusammenarbeit aller Beteiligten, da

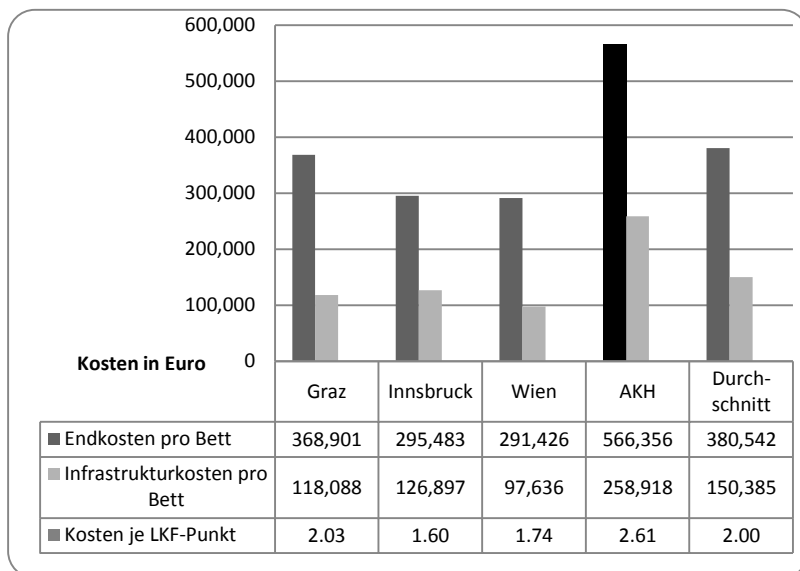
Prozesse zeitlich, personell und inhaltlich unzureichend abgestimmt wurden.

Eine weitere Problematik war der Interessenskonflikt zwischen den zwei Parteien. Die Stadt Wien ist daran interessiert, die medizinische Versorgung hoch zu halten, während die Medizinische Universität Wien daran interessiert ist, diese zur Förderung der Lehre und Forschung auf das nötige Ausmaß zu reduzieren. Auch bei diesem Zielkonflikt gab es keine Abstimmung zwischen der Stadt Wien und dem Bund.

Außerdem erfolgte keine rechtsträgerübergreifende Budgetierung, eine mittelfristigen Planung und ein gemeinsames Berichtswesen wurden ebenfalls nicht vorgenommen. Diese Fakten belasten vor allem die finanzielle Lage des Krankenhauses. Die Kosten des AKH waren bezogen auf die stationären Leistungen (LKF-Punkte) im Vergleich zu anderen Krankenhäusern um 30-60 Prozent erhöht. Ein Grund für die erhöhten Kosten war sicher die Intransparenz, welche ein kostensparendes Arbeiten erheblich erschwerte. Im Vergleich zu anderen Krankenanstalten verursachten allein die erhöhten Bettensperren zwischen 2005 und 2011 Leerstandskosten zwischen 126 und **319 Millionen Euro**.

Ebenso negativ sind die Werte für die Endkosten und Infrastrukturkosten pro Bett, wie der folgenden Tabelle entnommen werden kann.

Kosten des AKH



Quelle: RH Bericht Bund 2013/7

Wie diese Auswertung zeigt, sind nicht nur die stationären Kosten (LKF-Punkte) massiv erhöht, sondern auch bei den tatsächlichen Endkosten und Infrastrukturkosten pro Bett ist das Wiener Allgemeine Krankenhaus Spitzenreiter mit **Endkosten pro Bett** bis zu **566.356 Euro**. Verglichen mit den

anderen Krankenhäusern weist das AKH im Durchschnitt in dieser Kategorie um zirka **70 Prozent höhere Kosten** auf.

Bei den Infrastrukturkosten pro Bett ergibt sich zwar ein geringerer Kostenunterschied im Vergleich, aber mit über 50 Prozent ist dieser dennoch beachtlich. Weitere Probleme sind:

- wesentliche Kostenteile wurden **unterschiedlich erfasst**
- Kostenstellen waren **strittig**
- Kosten für erbrachte Leistungen wurden **nicht vollständig aufgezeichnet.**

Die fehlende Koordinierung spiegelte sich auch in der Personalführung wieder. Die rund 10.000 Mitarbeiter des allgemeinen Krankenhauses unterliegen verschiedenen Kompetenzen und fallen in die Zuständigkeit verschiedener Rechtsträger. Mit neun Berufsgruppen, sechs Arten von Beschäftigungsverhältnissen und 33 verschiedenen Formen von Mitarbeiterbeschäftigung hat das AKH eine komplizierte Personalstruktur. Der Informationsfluss zwischen der Medizinischen Universität Wien und der Stadt Wien war stark

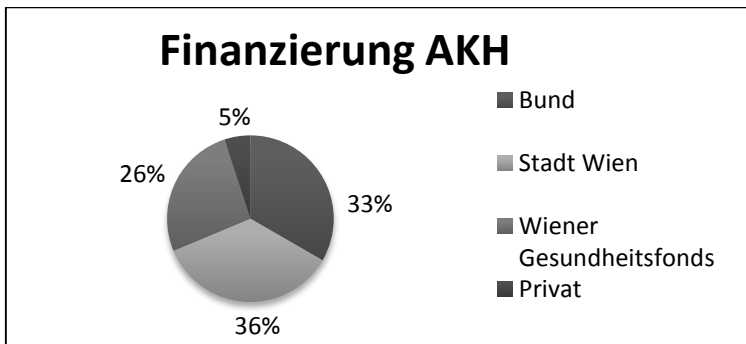
gehemmt. Die Folge war fehlende Überwachung des Personals und schlechte Personalplanung. Sogar bei der fachlichen und dienstlichen Aufsicht der Ärzte wurde eine Trennung vorgenommen¹⁰. Nicht überraschend ist, dass im Jahr 2011 40 Prozent der Leerstandskosten auf fehlende Pflegedienstposten und Fehlzeiten zurückzuführen sind.

Ebenso intransparent gestaltet sich die Mittelaufbringung des Krankenhauses, zumal die Anteile der Finanzierung nicht erkenntlich waren und auch die Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverteilung stimmte nicht überein. Die Gesamtkosten von rund 1,2 Milliarden Euro für den laufenden Betrieb teilten sich zirka ein Drittel auf die Stadt Wien, ein Drittel auf den Bund sowie 26 Prozent auf die Sozialversicherungsträger auf. Private mussten rund 5 Prozent der Kosten, das sind 58 Millionen Euro, tragen.

Das Problem soll am Beispiel der Stadt Wien demonstriert werden. Obwohl die Stadt Wien das AKH nur zu rund einem Drittel finanziert hat, war sie befugt über fast den gesamten Sachaufwand zu entscheiden, sie war Dienstgeber für über 70 Prozent des Personals und trug die alleinige Verantwortung

¹⁰ Vgl. Der Standard (29.08.2013), Spitalsaufenthalt im Wiener AKH bis zu 60 Prozent zu teuer

für Behandlungsfehler bei Patienten. Es ist klar ersichtlich, dass eine grobe Inäquivalenz zwischen Mittelaufbringung, Ausgaben und Zuständigkeit vorliegt. Unter diesen Umständen ist natürlich eine effiziente Betriebsführung nicht zu erwarten.



Die hohen Kosten des AKH's, sei es nun aufgrund fehlender gemeinsamer Planung, eines fehlenden gemeinsamen Berichtswesens oder fehlender rechtsträgerübergreifenden Budgetierung, sind kein Problem der Gegenwart. Bereits bei der Errichtung des Krankenhauses kam es zu deutlichen Mehrkosten im Vergleich zu den veranschlagten Kosten. Bei den ersten Planungen rechnete man noch mit Kosten in Höhe von zirka 44 Millionen Euro, die Kosten bei tatsächlicher Fertigstellung im Jahr 1994 beliefen sich allerdings auf fast 4

Milliarden Euro.¹¹ Ähnlich war es mit der Sanierung der Tiefgarage und dem Zubau eines Kinder-OP-Zentrums. Hier lagen die Endkosten durchschnittlich über dem Dreifachen bzw dem Doppelten als geplant.¹²

Nach der Veröffentlichung des Rechnungshofberichtes und der darauffolgenden Kritik wurde eine Absichtserklärung von der Stadt Wien und der Medizinischen Universität unterzeichnet. Die beiden Parteien haben sich auf eine gemeinsame Betriebsführung ab dem Jahr 2015 geeinigt und die künftige Absicht der Zusammenarbeit in der Absichtserklärung festgehalten. In einer Pressekonferenz äußerte sich dazu die Gesundheitsstadträtin Wehsely:“ Wir müssen die Strukturen vereinfachen, wir müssen den Ressourceneinsatz verbessern, wir müssen die Effizienz steigern und es müssen in vielen Bereichen jahrzehntelang gepflegte Traditionen hinterfragt werden.“ All das ist geplant für die nahe Zukunft des AKH, ein Klarstellung wie diese

¹¹ Vgl. Der Standard (18.10.2013), Wiener AKH muss saniert werden – Kosten werden berechnet

¹² Vgl. Der Standard (15.01.2014), AKH-Prüfbericht: Kritik an teuren Bauprojekten

Forderungen umgesetzt werden ist bislang nicht erfolgt.¹³ Es bleibt abzuwarten.

¹³ Vgl. Der Standard (29.08.2013), Stadt Wien und Uni wollen AKH gemeinsam führen

4. ÖBB

ÖBB-Unternehmensgruppe: Struktur

Zwischen 2007 und 2011 verzeichnete die ÖBB-Unternehmensgruppe exorbitante Verluste von mehr als 1 Mrd. Euro. Diese Verluste entstanden zu zwei Drittel im Teilkonzern Rail Cargo Austria AG und zu einem Drittel im Teilkonzern ÖBB-Personenverkehr AG. Sie wurden zum größten Teil durch Abwertungen des Vermögens um rund 640 Mio. Euro und durch Wertberichtigungen auf derivative Finanzgeschäfte in Höhe von 250 Mio. Euro verursacht.

Die Rail Cargo Austria AG erwirtschaftete durch den Kauf des ungarischen Güterverkehrsunternehmens MÁV Cargo Zrt. (Heute Rail Cargo Hungaria Zrt.) im Jahr 2008 hohe Verluste. Dieser Erwerb war mit Kosten von insgesamt mehr als 560 Mio. Euro einer der größten der ÖBB.

Die Beteiligung musste allerdings in den Jahren 2007 bis 2011 um rund 62 Prozent abgeschrieben werden, d.h. um rund 350 Mio. Euro. Bei der Kaufpreiskalkulation und der Risikobewertung wurde der tatsächliche Unternehmenswert sowie die Ertrags- und Ergebnisprognosen weniger beachtet als die Sorge über einen Markteintritt eines neuen Konkurrenten durch den Kauf der MÁV Cargo Zrt.. Neben der

Abschreibung der MÁV Cargo Zrt. wurden auch die Beteiligungen an der ÖBB-Produktion GmbH um rund 84 Mio. Euro, an der ÖBB-Postbus GmbH um 40 Mio. Euro, an der EXIF Romania s.r.l. um rund 18 Mio. Euro und an der Intercontainer Austria GmbH um ca. 11 Mio. Euro abgeschrieben.

Gleichzeitig mit den hohen Verlusten sank das Eigenkapital um ca. 1,5 Mrd. Euro, das sind 52 Prozent. Dieser Rückgang resultierte einerseits aus den negativen Entwicklungen der Rail Cargo Austria AG, andererseits aus den Abschreibungen im Bereich der ÖBB-Personenverkehr AG. Bei der Rail Cargo Austria AG musste sogar das laufende Geschäft teilweise fremdfinanziert werden.

Das Beteiligungscontrolling durch das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT), welches gesetzlich verankert ist, wurde nur unzureichend durchgeführt. Durch die ÖBB-Unternehmensgruppe erfolgten die Controlling-Berichte wesentlich besser. Durch die Einbindung aller Beteiligungen, wie zum Beispiel jener der Teilkonzerne, stellen diese Berichte eine detaillierte und aussagekräftige Übersicht über die Lage der ÖBB dar.

Da es in der ÖBB-Unternehmensgruppe gang und gebe war, Aufsichtsratspositionen bei Tochtergesellschaften mit den Vorstandsmitgliedern der Muttergesellschaft zu besetzen, erhöhte sich die faktische Einflussnahme der Muttergesellschaften. Dem Unternehmen war es möglich seine Tochtergesellschaften zu kontrollieren und unter anderem auf beteiligungsrelevante Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Die EU-Kommission und der Rechnungshof wiesen aus diesem Grund, besonders bei der ÖBB-Infrastruktur AG, auf das Spannungsverhältnis zum EU-rechtlichen Gebot der Trennung von Infrastruktur und Absatzbereich hin.

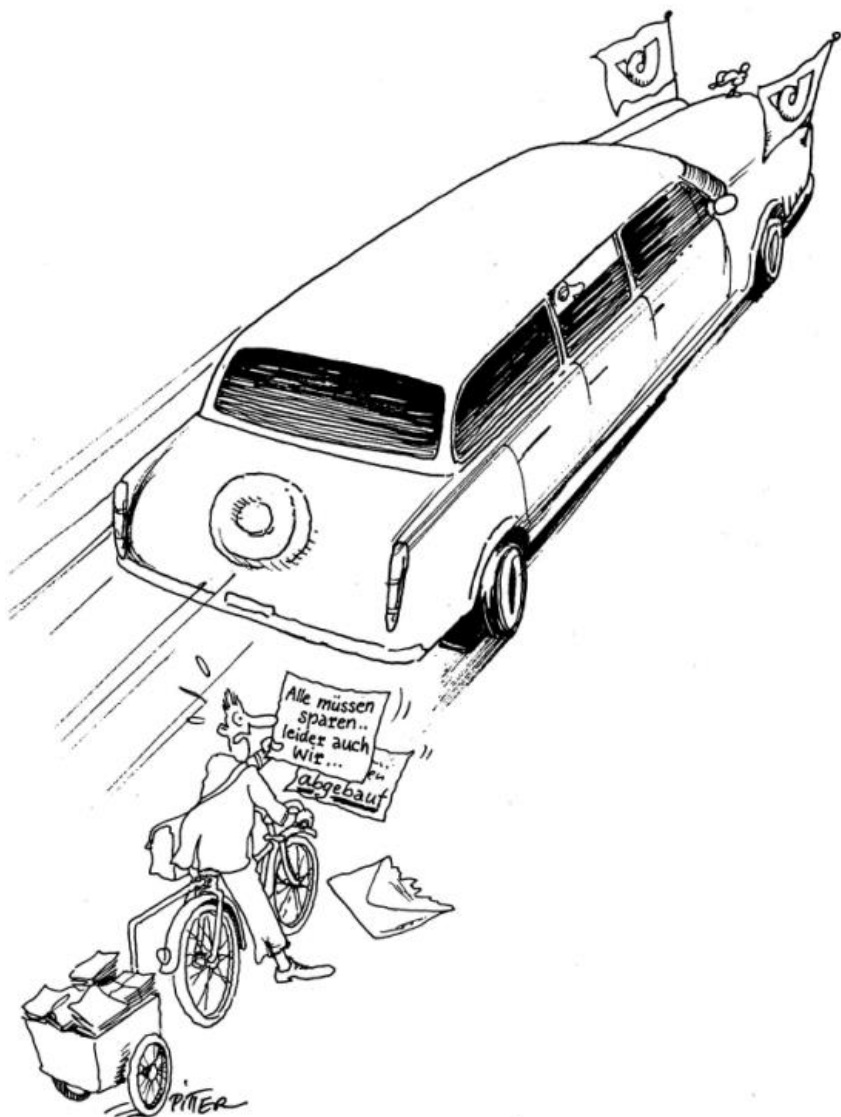
Nicht nur, dass das Management der Tochter- und Enkelgesellschaften seine Sorgfaltspflichten teilweise verletzen, bestand zusätzlich auch der Verdacht strafrechtlicher Handlungen. Wie der Standard in einem Artikel berichtete, wurden im Jahr 2011 Ermittlungen wegen des Verdachts des schweren Betrugs und der Untreue durchgeführt. Im Konkreten wurden Güterwagons für Transporte des Konsumgüterkonzerns Procter & Gamble und für andere Handelskonzerne wie Lidl notorisch überladen –

der dadurch der ÖBB entstandene Schaden wurde mit **2,1 Millionen** Euro beziffert.¹⁴

Nach der Kritik des Rechnungshofes, der die wirtschaftliche Situation der ÖBB als schwach bezeichnete, erfolgte eine Stellungnahme des Vorstandschefs der ÖBB. Er betonte ausdrücklich, dass zwar in den vergangenen Jahren Verluste erwirtschaftet wurden, allerdings zum jetzigen Zeitpunkt, auch im Güterverkehr, Gewinn verzeichnet werden konnten. Zu dem vorliegenden Korruptionsverdacht wurde klargestellt, dass sich der Konzern bereits von Mitarbeitern und Geschäften, die sich zur Einhaltung der Compliance-Standards nicht verpflichtet fühlten, trennte.¹⁵

¹⁴ Vgl. Der Standard (8.3.2012), Bahnmanager im Visier der Kripo

¹⁵ Vgl. Salzburger Nachrichten (28.11.2013), Rechnungshof zeigt eine Mrd. Verlust bei ÖBB auf



ÖBB-Postbus arbeitet nicht kostendeckend

Durch die EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (PSO-Verordnung) muss der Buslinienverkehr, der mit öffentlichen Mitteln bezuschusst wird, öffentlich ausgeschrieben werden. Dieser Buslinienverkehr betrifft öffentliche Personenverkehrsdienste, die der Betreiber nicht oder nicht im gleichen Umfang ohne Gegenleistung übernommen hätte und die daher mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Die ÖBB-Postbus GmbH befindet sich durch diese Verordnung mit den privaten Busunternehmen in direktem Wettbewerb.

Die ÖBB-Postbus GmbH beförderte 2011 zirka 233 Millionen Passagiere, hauptsächlich Schüler und Lehrlinge (zirka 63 Prozent). Diese Gruppe brachte allerdings durch die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt verhältnismäßig wenig Umsatz (zirka 28 Prozent). Pendler und Gelegenheitsfahrer machten rund ein Fünftel der Passagiere aus. In Österreich nutzen mehr als drei Viertel aller Pendler den PKW. Zur Zeit der Untersuchung gab es von der ÖBB-Postbus GmbH keine Untersuchungen über das Potential dieser Gruppe, die Postbusse zu nützen.

Daraus kann geschlossen werden, dass der ÖBB-Postbus am Tropf des Bundes und der Länder hängt. Zwar besteht

grundsätzlich eine Auslastung der Busse, allerdings ist selbst die hohe Anzahl von Schülern und Lehrlingen, die die Postbusse benutzen, rückläufig. Aber auch eine gleichbleibende Auslastung würde nicht den gewünschten Erfolg erzielen, da von Schülern und Lehrlingen nur der ermäßigte Preis der Fahrkarte zu zahlen ist.¹⁶

Gebietskörperschaften und sonstige Auftraggeber schreiben den Buslinienverkehr aus, einige werden auch auf Eigeninitiative der Verkehrsunternehmen errichtet. Um den Zuschlag für eine Ausschreibung zu bekommen, hat der ÖBB Postbus wiederholt Buslinienverbindungen angeboten, die nicht kostendeckend waren.¹⁷ Nach der Definition der PSO-Richtlinie waren bei der ÖBB-Postbus GmbH nur zwei Buslinienverkehre eigenwirtschaftliche Verkehre. Daraus kann geschlossen werden, dass die ÖBB-Postbus-GmbH hauptsächlich gemeinwirtschaftliche Verkehre bewirtschaftet und somit hohe Zuschüsse aus Steuergeldern empfängt. Finanziert wird der öffentliche Buslinienverkehr aus dem Verkauf der Fahrkarten, aus dem Familienlastenausgleichsfonds (Abgeltung der Schüler- und

¹⁶ Vgl. Der Standard (2.12.2013), ÖBB-Postbus am Staatstropf

¹⁷ Kleine Zeitung (28.11.2013), ÖBB-Postbus: mehrere Linien nicht kostendeckend

Lehrlingsfreifahrt) und aus öffentlichen Mitteln des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Ausgleich der Differenz zwischen wirtschaftlichem Fahrpreis und tatsächlichem, niedriger gehaltenen Fahrpreis).

Durch den hohen Anteil (zirka 68 Prozent) an kündigungsgeschützten Arbeitnehmern mit einer Entlohnung von zirka 20 Prozent über dem kollektivvertraglichen Mindestlohn, hatte die ÖBB-Postbus GmbH einen entscheidenden Wettbewerbsnachteil (Personalkostendelta) gegenüber privaten Busunternehmen. Die ÖBB-Postbus GmbH berechnete bei den Ausschreibungen die Personalkosten nicht mit den tatsächlichen Kosten, sondern mit fiktiven kollektivvertraglichen Kosten. Somit wurde zur Erreichung einer erfolgreichen Ausschreibung der Buslinienverkehr nicht kostendeckend angeboten und nur durch bilanzielle Maßnahmen in den Jahren 2009 bis 2011 wurde ein geringer Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT) erreicht. Schätzungen zur Entwicklung des Personalkostendeltas bis 2018 gehen davon aus, dass sich die Erlöse des Unternehmens von 2012 bis 2018 um 27,5 Millionen Euro, im Vergleich zum Jahr 2011, verringern werden. Dies unter der Annahme, dass alle Ausschreibungen gewonnen werden.

Werden die bisherigen Bestandsleistungen bei den Ausschreibungen verloren, verringern sich die Erlöse in den Jahren 2012 bis 2018 um zirka 74,8 Millionen Euro im Vergleich zum Jahr 2011.

5. Förderungen und Subventionen

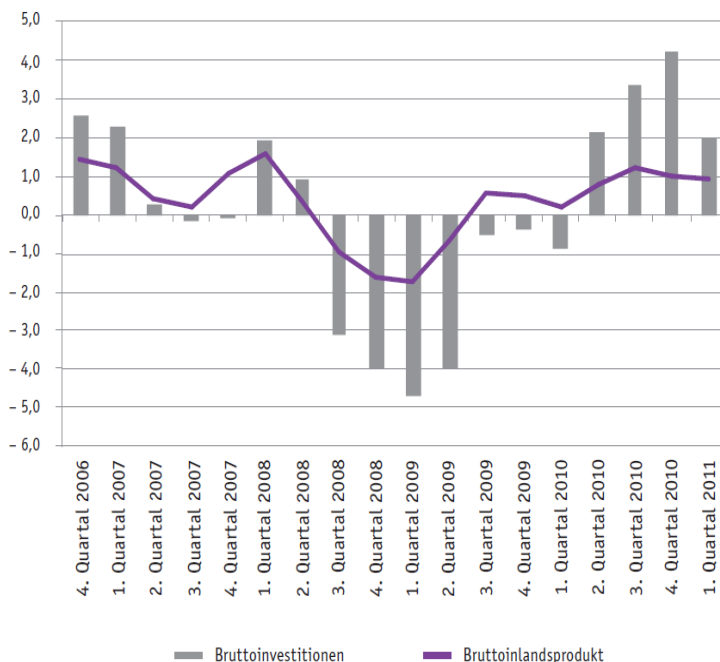
Förderungen für Kleinunternehmen durch Konjunkturpakete

2010 wurden 50 Millionen Euro Kredite für die Förderung von Kleinunternehmen veranschlagt um die Konjunktur zu beleben. Tatsächlich wurden von den KMUs **65,81 Millionen Euro** in Anspruch genommen. Damit wurde das Budget um mehr als **30 Prozent** überschritten. Dies ist ein gewaltiger **Anstieg von 475 Prozent** im Vergleich zum Jahr 2009, hinzu kommt eine Verdoppelung der Förderungsfälle. Die Förderungsprogramme wurden durch den Bund äußerst unzureichend geplant, es fehlte an einer effizienten Strategie.

Das ERP (European Recovery Program) ist ein europäisches Wiederaufbauprogramm zur Konjunkturbelebung. Die Mittel dafür werden aus dem ERP-Fonds bezogen, einer Förderungseinrichtung des Bundes. Die AWS (Austrian Wirtschaftsservice Gesellschaft mit beschränkter Haftung) agiert als Förderungsbank des Bundes und übernimmt dabei die Funktion der Steuerung und Überwachung des Programms. Die Zielgruppe des Programmes sind Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten und einer Bilanzsumme bzw. Umsatzobergrenze von bis zu 10 Millionen Euro.

Die Förderung erfolgt mit Hilfe eines niedrig verzinsten Kredits mit einer Laufzeit von sechs Jahren. Dabei ist das erste Jahr tilgungsfrei und die Kreditobergrenze beträgt 100.000 Euro seit 2010. Die Banken erhielten pro Kredit 1000 Euro an Fixabgeltung und einen variablen Satz von 0,5-1,5 Prozent für den aushaftenden Betrag. Problematisch ist die Tatsache, dass sich die Vollziehung nicht an das Gesetz gehalten hat. Das Vorgehen wurde ohne gesetzliche Deckung durchgeführt. Außerdem fehlte es an Rechtfertigung für dieses Vorgehen sowie an inhaltlicher Überprüfung, weil nur anhand von Leistungsindikatoren (Anzahl der Förderungszusagen, Höhe der Projektvolumina, Förderungsleistung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze) beurteilt wurde, ob eine Förderung genehmigt wurde oder nicht.

Bruttoinlandsprodukt und Bruttoinvestitionen in % zum Vorquartal(4. Quartal 2006 bis 4. Quartal 2010



Außerdem wurden in der operativen Vergabe die Erstberatungsleistungen optimiert. Die telefonischen Anfragen sind von 4200 auf 2500 Fälle gefallen. Es fehlte jedoch an einer konkreten strategischen Ausrichtung. Des Weiteren mangelte es an eine Begründung für die Auswahl eines bestimmten Förderungsinstrument. Genderspezifische Aspekte bei der Zielformulierung des Programms blieben aus.

Vereinsförderungen

Name	Betrag
All inclusive – Verein zur Förderung komplementärer Diversitätskulturen	5.000,00
ANELI – Besuchscafe	12.200,00
Asylkoordination Österreich	8.630,00
Beratungszentrum für MigrantInnen Wien	800.936,54
Die Herbstzeitlosen, Erinnerungs- und Biographietheater	4.000,00
Klagsverband zur Durchsetzung der Rechte von Diskriminierungsopfern	90.000,00
Maimonides Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde	200.000,00
Migrare – Zentrum für Migrantinnen OÖ	293.181,93
Österreichische Staub- (Silikose-) Bekämpfungsstelle	15.000,00
Österreichisches Institut für angewandte Telekommunikation	16.110,00
Österreichisches Institut für Internationale Politik	18.000,00
Pink Noise – Verein zur Förderung feministisch popkultureller Aktivitäten	3.000,00
Regionalverband Steirisches Thermenland	70.000,00
Selbstbestimmt Leben Innsbruck	21.850,00
SOG. Theater – Zentrum für Theaterpädagogik und strategische Inszenierung	26.500,00
The World of NGOs	21.000,00
Undok – Verband zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender	162.000,00

Verbraucherrat am Austrian Standards Institute	245.622,56
Verein „Nachbarinnen in Wien“ – Muttersprachliche Begleitung migrantischer Familien	48.258,00
Verein Eltern bleiben Eltern	4.000,00
Verein Fair und sensibel- Polizei und AfrikanerInnen	13.782,45
Verein Freiwilligenmessen zur Förderung von Freiwilligenarbeit in Österreich	34.000,00
Verein für Konsumenteninformation	2.047.702,00
Verein für Männer- und Geschlechterthemen Stmk	13.500,00
Verein Zebra – Interkulturelles Beratungs- und Therapiezentrum	232.684,58
Verein zur Förderung des freiwilligen Engagements in Tirol	10.500,00
Zentrum für Migrantinnen und Migranten in Tirol (ZeMiT)	235.192,50

6. Öffentliche Verwaltung

Staatsschuldendienst

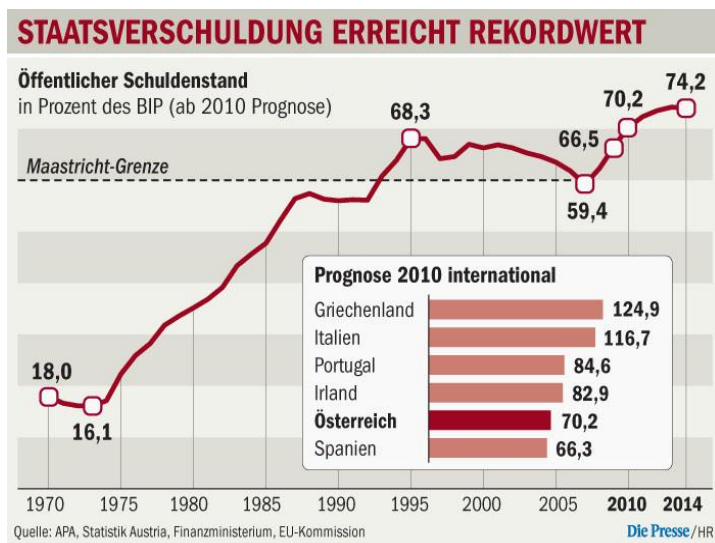
Kosten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und Ungereimtheiten in der Verwaltung zwingen den Staat zur Verschwendung von Unmengen an Steuergeldern. Der Österreichische Staat verschwendet Steuergelder aufgrund von Unwirtschaftlichkeiten und durch Setzung falscher Maßnahmen, wie in den vorigen Artikeln mehrfach bereits ausgeführt wurde.

Auch durch die Problematik der Zinsen und Zinseszinsen werden in Österreich die Schulden immer höher. Das bedeutet auch, dass der Staatsschuldendienst immer mehr an Geld braucht, um die Schulden des Staates zu verwalten. In weiterer Folge verschlingt die Verwaltung immer mehr an Kosten und das führt zu einem Kreislauf, der sich insgesamt sehr negativ auf das Budget auswirkt.

Anstatt dass der Staat dieser negativen Entwicklung entgegenwirkt verschwendet er noch mehr Geld und unterlässt Reformen, um die Lage zu verbessern, beinahe gänzlich. Besonders erschreckend erscheint, dass der Bund auf Darlehensforderungen gegenüber den Österreichischen

Bundesbahnen in der Höhe von 6,1 Milliarden Euro oder 2,6 % des BIP verzichtete.¹⁸

Die Entwicklung des öffentlichen Schuldenstandes von 1970 bis 2014



¹⁸ Vgl. Staatsschuldenausschuss (03.07.2013), Bericht über die öffentlichen Finanzen 2012

ÖBB-Beamte: Jeder Zweite geht in Frühpension

Jüngst stellte der Rechnungshof in seinem Bericht über die Finanzierung von Beamtenpensionen gravierende Probleme fest. Der Rechnungshof kritisierte dabei vor allem das niedrige Pensionsantrittsalter bei der ÖBB.

2012 lag das durchschnittliche Pensionsantrittsalter der Bundesbeamten (wie beispielsweise Bundeslehrer oder Polizisten) bei 60,5 Jahren, das der ÖBB-Beamten allerdings nur bei 53,9 Jahren. Die Anhebung des Pensionsantrittsalters ist daher aufgrund der immer prekärer werdenden Finanzierungssituation des Pensionssystems dringend erforderlich.

Als massives Problem gilt die hohe Zahl an vorzeitigen Pensionierungen innerhalb der ÖBB-Unternehmensgruppe. 2012 gingen 54,4 % der Beamten in Frühpension, 41,7 % wurden wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig pensioniert – ein Zustand, der schlicht nicht leistbar ist. Auch wenn die ÖBB-Frühpensionierungen (sogenannte „organisatorische Ruhestandsversetzungen“) ab 01.01.2012 abgeschafft wurden, so treten ÖBB-Mitarbeiter noch immer viel zu früh in den Ruhestand.

Gerade einmal 3,9 % der ÖBB-Beamten wurden 2012 mit Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters in den Ruhestand versetzt. Demnach bleibt kaum jemand bei den ÖBB bis zum Regelpensionsalter. Für ein funktionierendes Pensionsystem und eine nachhaltige Finanzierbarkeit desselben ist ein solcher Zustand untragbar. Frühzeitige Pensionsformen sind einzudämmen oder sogar gänzlich zu streichen. Für eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters und somit für ein funktionierendes Pensionssystem und eine finanzielle Entlastung der Allgemeinheit setzt sich der VÖS – Bund der Steuerzahler ein.

Pensionsrechte der Bediensteten der Versicherungsanstalt für Eisenbahn und Bergbau

Zwischen 2003 und 2012 verursachte die getrennte Anpassung von ASVG-Pensionen und Dienstgeberpensionen für die Versicherungsanstalt für Eisenbau und Bergbau (VEAB) Mehrkosten in Höhe von zirka **1,61 Millionen Euro** für 189 Pensionen der Dienstordnung für die Verwaltungsangestellten der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (EDO-Ang). Verglichen wurde dies mit jenen Kosten, die der Staat für die Anpassung aufgewendet hätte. Allein im Jahr 2011 betrug die Pensionsleistung der Dienstordnung für die Verwaltungsangestellten der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (EDO-Ang) insgesamt rund **10,44 Millionen Euro** für 345 Pensionisten, das sind jährlich 30.000 Euro pro Pensionist.

Die Mehraufwendungen sind auf die unterschiedliche Pensionserrechnung – vor allem deren Höhe - in der VEAB zurückzuführen. Für die unkündbaren oder diesen gleichgestellten Verwaltungsangestellten, welche bis Ende 1995 in den Dienst traten kam das EDO-Ang zur Anwendung. Diese Pensionisten erhielten neben der ASVG-Pension zusätzlich eine Dienstgeberpension. Für die restlichen

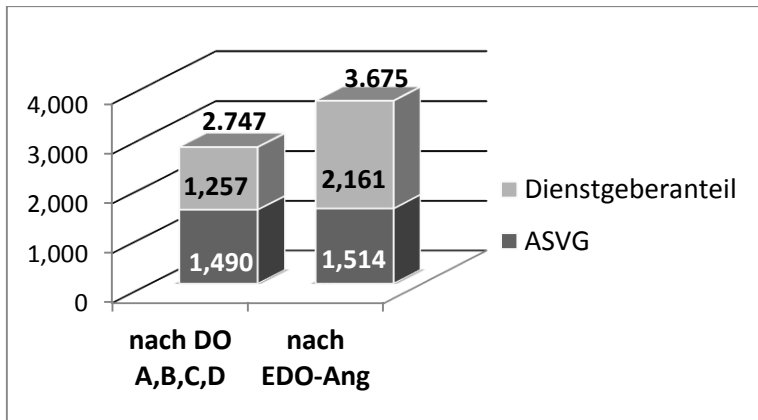
Bediensteten der VEAB, welche bis Ende 1995 eintraten kam statt dem EDO-Ang die Dienstordnung A für Angestellte, B für Ärzte und C für Arbeiter, zur Anwendung. Seit 1996 unterliegen die neu eintretenden Bediensteten dem Pensionskassenkollektivvertrag.

Das Resultat ist vernichtend, denn die Bediensteten der VEAB genossen deutliche Vorteile sogar im Vergleich zu anderen Bundesbeamten. Eine Privilegierung von Mitarbeitern staatlicher Bereiche ist wenig verwunderlich. Die Tatsache, dass einige Pensionisten sogar gegenüber Bundesbediensteten besser gestellt werden ist allerdings beachtlich.¹⁹ Im Jahr 2011 betragen die Kosten für 795 Gesamtpensionen (ASVG Pension inkl. Dienstgeberpension) zirka **35,06 Millionen Euro**, die Personalkosten für 825 Bedienstete allerdings nur 34,98 Millionen Euro. Zwar wurden einige Reformen in Anlehnung an das ÖBB-Pensionsrecht vorgenommen - das auch die Grundlage für die Dienstgeberpension war - aber es wurde nicht einheitlich umgesetzt. Einerseits wurden die Gesamtpensionen nicht im gleichen Ausmaß reduziert und andererseits wurden

¹⁹ Vgl. Die Presse (31.1.2013), RH kritisiert Privilegien bei ÖBB-Versicherung

Regelungen, die bei ÖBB-Bediensteten in Geltung stehen, nicht angewendet.

Durchschnittliche Gesamtpension pro Pensionist und pro Monat in Euro



Die Grafik zeigt deutlich, dass im Vergleich zu den Bediensteten der VEAB die der jeweiligen Dienstordnung unterliegen, die Pension nach der Dienstordnung für die Verwaltungsangestellten der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (EDO-Ang) bedeutend höher ist. Im Vergleich dazu beträgt die Höchstpension nach dem ASVG € 3.136. Die Dienstgeberpension errechnet sich aus der Dienstordnungspension abzüglich einer fiktiven ASVG-

Pension.²⁰ Wesentlich ist, dass bei der Dienstordnung der EDO-Ang die fiktive ASVG-Pension mit der tatsächlichen ASVG-Pension beschränkt ist. Die durchgeführten Reformen führten zwar zum Sinken des ASVG-Anteils, dieser wurde aber durch höhere Dienstgeberpensionen kompensiert. Daraus folgt, dass trotz Reformen und einer sinkenden ASVG-Pension, Pensionisten der EDO-Ang höhere Gesamtpensionen, verglichen mit Bundesbeamten, bezogen. Der Unterschied ist nicht unwesentlich. Bei Führungskräften, Maturanten und Facharbeitern der VEAB liegt der Vorteil bei bis zu **3 Prozent**, bei Akademikern der VAEB bis zu **6 Prozent**.

In Bezug auf Regelungen welche nicht zur Anwendung kamen ist zum Beispiel die Berechnung der **Witwen- und Witwerpension** zu erwähnen. Zurzeit erhält der überlebende Ehepartner– **unabhängig von** dessen **Verdienst** – 48,8 Prozent Witwen- oder Waisenpension. Berechnet werden die 48,8 Prozent von der letzten Pensionsauszahlung nach der Dienstordnung EDO-Ang des verstorbenen Ehepartners. Des Weiteren gibt es für Pensionisten der Dienstordnung EDO-Ang einen anderen Beitragssatz zur Krankenversicherung. Während für ÖBB-Bedienstete und ASVG-Pensionen ein

²⁰ Vgl. Kleine Zeitung (07.01.2014), Der Gang in die Frühpension wird schwerer.

Beitragssatz von 4,9 % zur Anwendung kommt, verrechnet die VAEB bei EDO-Ang-Pensionen 5,1 %. Allerdings wird in den Fällen in denen die tatsächliche ASVG-Pension höher war als die fiktive ASVG-Pension die **höheren Beiträge** - die ja nicht nur aufgrund von höheren Beitragssätzen anfallen, sondern sich auch durch eine höhere Pension ergeben - **von der VAEB ersetzt**. Durch diese Rückerstattungsmöglichkeit, die in Form einer Gutschrift gewährt wird, hat der Rechnungshof tatsächliche Krankenversicherungsbeitragssätze zwischen 4,2 und 4,9 Prozent bei EDO-Ang-Pensionen errechnet. Der Rechnungshof kritisierte ebenfalls, dass die **übliche 80 % Grenze** für Gesamtpensionen bei Pensionen der VEAB **nicht existiert**.²¹ Das sind einige der Reformschritte die nicht einheitlich, wie in anderen staatsnahen Bereichen, umgesetzt wurden.

Im Jahr 2011 betragen die Einnahmen insgesamt 1,333 Millionen Euro. Die Finanzierung der VEAB erfolgte zu 66,76 Prozent aus Beiträgen der Versicherten und zu 6,60 Prozent aus sonstigen Einnahmen. Der Rest in Höhe von 26,64 Prozent erfolgte durch den Bund im Rahmen der Ausfallhaftung. Das

²¹ Vgl. Der Standard (31.1.2013), Pensionsparadies Eisenbahnversicherung

heißt für die Pensionen der VAEB wurden mehr als 350.000 Euro vom Staat aufgewendet.

Ebenso kritisch zu sehen ist das Pensionsantrittsalter bei den Angestellten der Dienstordnung EDO-Ang. Wie dem Bericht des Rechnungshofes entnommen werden kann, lag das durchschnittliche Pensionsantrittsalter im Jahr 2010 für Männer bei 52,5 Jahren, bei Frauen war der Antritt zur Pension im Durchschnitt mit 50,5 Jahren noch früher.

Im Vergleich dazu lag das durchschnittliche Pensionsantrittsalter bei Bediensteten der ÖBB und der Post bei 53,9 und 55,8 Jahren. Allerdings sind vergleichbare Bundesbedienstete im Durchschnitt erst mit 60,5 Jahren in Pension gegangen.²² Die Schlussfolgerung ist, dass Bediensteten der EDO-Ang Dienstordnung deutliche Vorteile genießen, sogar gegenüber Bundesbediensteten.

²² Vgl. Der Standard (19.3.2013), RH bemängelt Verrechnung bundesfinanzierter Pensionen

Luftraumüberwachungs-Flugzeuge

2011 waren rund 32 Prozent der Gesamtflotte der Eurofighter wegen fehlender Ersatz- und Umlaufteile nicht einsatzbereit. Auch die Piloten absolvierten statt der vorgesehenen 110 nur 70 Flugstunden. Die Gesamtausgaben für das System Eurofighter beliefen sich von 2005-2011 auf 1,566 Milliarden Euro und für die Jahre 2012-2015 werden zirka **1 Milliarde** Euro veranschlagt. Von den 1,566 Milliarden Gesamtausgaben ist der Großteil mit rund 1,498 Milliarden Investitionsausgaben. Von der veranschlagten einen Milliarde Euro für die Jahre 2012-2015 fallen **65 Prozent** auf die mit Ende 2014 auslaufenden Kaufpreiskursen in der Höhe von **220 Millionen** Euro jährlich. Dabei ist zu beobachten, dass die Ausgaben für das System Eurofighter von zirka 6,63 Millionen Euro im Jahr 2005 auf 340 Millionen Euro im Jahr 2011 gestiegen sind.

Die nachträgliche Abbestellung von 3 Flugzeugen inklusive Zubehör schlug sich mit rund 57 Millionen Euro negativ im Budget nieder. Die im Jahr 2008 um rund 11,5 Millionen Euro angeschafften Zusatztanks wurden im Jahr 2010 geliefert, waren aber aus technischen Gründen erst 2011 nutzbar. Weitere Einsatzrüstungen für Eurofighter wurden gekauft,

so zum Beispiel Funkgeräte um rund 8 Millionen Euro. Trotzdem waren die Flugzeuge nicht vernetzt, da es an einem bodenseitigen Management-Tool (Kosten dafür rund 2 Millionen Euro) fehlte. Die laufenden Kosten für den Eurofighter sind enorm (2011 rund 85 Millionen Euro), jedoch ist auch der Preis einer Flugstunde mit 63.000 Euro im Jahr 2011 exorbitant hoch. Aus dem Eurofighter Untersuchungsausschuss 2006/2007 geht hervor, dass hochrangige Offiziere die Kosten des Eurofighters auf bis zu viermal so hoch beziffert haben, als sie bei vergleichbaren Alternativen anfallen würden.²³ Das BMLVS setzte Einsparungen insbesondere bei Logistikleistungen nur teilweise um. Auch die militärischen Vorgaben für den Betrieb des Systems Eurofighter sollen reduziert werden. So sollen zum Beispiel statt der früheren 1800 Flugstunden nur mehr 1500 Flugstunden pro Jahr abgehalten werden. Aufgrund der Kürzungen wurden auch Einsparungen bei den Piloten gemacht. Vom Rechnungshof wurde empfohlen, Einsparungen bei externen Beratern vorzunehmen und stattdessen auf das Fachwissen der Finanzprokurator zurückzugreifen.

²³ Vgl. Die Presse (27.04.2009), Eurofighter-Kosten bringen das Heer in Bedrängnis

Ein Projekt zur Wartungsleistungsoptimierung kostete drei Millionen Euro, brachte jedoch zumindest jährliche Einsparungen von 500.000 Euro. Das bedeutet, dass sich das Projekt zur Optimierung der Wartungsleistungen nach frühestens 6 Jahren amortisiert.

Fast 10 Jahre nach Vertragsunterzeichnung sind mit Ende April 2014 nur noch zwölf statt der damals gekauften 18 Eurofighter im Einsatz. Aus dem Verteidigungsministerium heißt es, es müssen Kosten gespart werden und dass durch eine Reduzierung der Flugstunden für die Piloten keine Auswirkungen auf die Sicherheit bestehe. Begründet wird die Einsparung einerseits damit, dass die finanziellen Mittel fehlen und andererseits werden in den nächsten Jahren (ab 2017/2018) aufgrund der rückläufigen Geburten weniger junge Männer einberufen.²⁴ Es stellt sich nun die Frage, warum diese Gründe nicht bereits beim Kauf berücksichtigt worden sind. Immerhin hätte sich der Staat sowohl die Anschaffungskosten für diese sechs Eurofighter erspart, als auch die enormen Betriebskosten, die jährlich zirka 90 Millionen Euro verschlingen.²⁵

²⁴ Vgl. Kleine Zeitung (15.05.2014), Zwölf Piloten für 15 Eurofighter

²⁵ Vgl. Die Presse (13.04.2014), Heer kauft keine Ersatzteile mehr

Mit einem neuen Schicksalsschlag hatten die Eurofighter erst im Oktober 2014 zu kämpfen. Durch einen Bericht des deutschen Magazins „Spiegel Online“ wurde bekannt, dass alle Eurofighter Mängel an den Rumpfhinterteilen haben. Des Weiteren sei dieser Sachverhalt dem Verteidigungsministerium bekannt gewesen, die aber keinen Anlass sahen den Minister darüber zu informieren. Tatsache ist, dass durch diesen Mangel die Lebensdauer der Kampfjets um ein Drittel auf 2000 Flugstunden pro Jet reduziert wurde.²⁶ Per September 2014 kamen neue Kürzungen, wonach die Eurofighter insgesamt nur 1076 Stunden pro Jahr fliegen. Das Ministerium sieht kein Problem für die Kürzungen und den Produktionsfehler und beschwichtigt, dass es ohnehin 15 Jahre dauere bis ein Kampfjet auf seine 2000 Flugstunden komme und von dem Mangel betroffen sei.²⁷ Von den Kürzungen waren auch die Piloten betroffen. Aufgrund der Reduzierung der Eurofighter sind mittlerweile nur noch 11 Piloten, zuzüglich einem in Ausbildung

²⁶ Vgl. Format.at (02.10.2014), Eurofighter-Mängel: Verteidigungsminister war angeblich nicht informiert

²⁷ Vgl. Der Standard (01.10.2014), Eurofighter bleiben trotz Mängel

befindlichen, im Einsatz anstatt der vorhanden gewesenen 14 Piloten.²⁸

Die Verschwendung des Steuergeldes in Österreich betrifft allerdings nicht nur den Kauf und die Erhaltung der Eurofighter. Bereits für die Kaufentscheidung flossen viele Millionen Euro des österreichischen Steuergelds in nicht existierende Firmen oder wurden gezahlt um Gegengeschäfte zu sichern.²⁹

²⁸ Vgl. Nachrichten.at (20.08.2014), Heer spart massiv bei Flugstunden

²⁹ Vgl. Die Presse (20.02.2014), Lobbying bei „Lüssel“ und „Laider“

7. Aktuelle Fälle von Steuergeldver(sch)wendung

Wo das Steuergeld der Österreicher versickert

Der Rechnungshofpräsident zeigt aber auch auf, wie immer stärker verästelte Gesetze und Regulierungen die Kosten treiben:

Bei der Einkommensteuer gibt es 558 Begünstigungen, fast alle unbefristet. Sie sorgen für einen Steuerentfall von neun Mrd. Euro, etwa 35 Prozent der Lohnsteuereinnahmen. Es fehlen aber konkrete Ziele, was damit gefördert werden soll, und die Kontrolle, ob solche Ziele erreicht wurden. Dafür verursacht der Vollzug der Regelungen pro Jahr 75 Mio. Euro, was in etwa den gesamten Einnahmen der Kfz-Steuer entspricht.

In der Sozialversicherung zählt Moser schon 500 Beitragsgruppen. Allein der rare Fall eines Jägerlehrlings kann unter drei verschiedene fallen. 123 Seiten füllen die Unterscheidungen. Die Wirtschaft stöhnt darüber, dass sich die Basis bei Lohnsteuer und Sozialversicherung grundlos unterscheidet. So sind Trinkgelder und Schmutzzulagen steuerfrei, müssen aber für die Versicherung eingerechnet

werden. Beim Werkzeuggeld und der Fehlgeldentschädigung ist es genau umgekehrt.

Um Behinderte ins Arbeitsleben einzubinden, gibt es Förderungen. Um sie nutzen zu können, muss man sich an 17 verschiedene Ansprechpartner wenden, vom Bundessozialamt über diverse Behörden des Landes und das AMS bis zu Pensions- und Krankenversicherungen.

Ein kleines Rätsel: Österreichs Lehrer unterrichten deutlich weniger als im OECD-Schnitt (607 statt 709 Stunden). Mosers Erklärung: Der Bund zahlt die Lehrer, aber die Gemeinden sind für die Infrastruktur verantwortlich. Deshalb zwingen Letztere den Lehrern administrative Aufgaben auf, die eigentlich (niedriger entlohnte) Gemeindesekretäre machen sollten. Damit sparen die Kommunen Geld. In Summe kostet es freilich mehr – immerhin 17 Mio. Euro jedes Jahr. Mosers Fazit: „Wir füttern Strukturen“, nicht gute staatliche Leistungen. All seine Beispiele mögen anekdotisch wirken und sanieren für sich betrachtet kein Budget. Aber in Summe seien die Potenziale enorm. Mit dem nicht gehaltenen Versprechen eines ausgeglichenen Haushalts und dem Druck aus Brüssel hat sich für Moser, in seinem zähen Kampf um

eine Verwaltungsreform, etwas Wesentliches geändert: „Das Beharren wird unbequemer als das Bewegen.“³⁰

Finanzministerium nennt keine Softwarekosten: Verschwiegenheitspflicht

2014 hat das Ministerium 15.843.946,02 Euro für IT-Beschaffungen ausgegeben. Darunter allerdings auch hohe Portokosten für "durch IT-Verfahren ausgelöste Versandstücke".³¹

"#stolzdrauf"-Kampagne kostete rund 326.000 Euro

Neben Lancierung des sogenannten Hashtags "#stolzdrauf" in den sozialen Medien wurde auch zu traditionellen Werbemaßnahmen gegriffen. So wurden in elf Tageszeitungen insgesamt 18 Inserate geschaltet, was mit 214.805 Euro zu Buche schlug. Für Online-Werbung gab man 62.390 Euro aus, für TV-Spots 48.837 Euro.³²

³⁰ Vgl. Die Presse (29.01.2015), Wo das Steuergeld der Österreicher versickert

³¹ Vgl. Der Standard (27.01.2015), Finanzministerium nennt keine Softwarekosten: Verschwiegenheitspflicht

³² Vgl. Kleine Zeitung (28.02.2015), „#stolzdrauf“- Kampagne kostet rund 326.000 Euro

Mariahilfer Straße: Befragung selbst kostet 566.000 Euro

Die Stadt gibt 850.000 Euro für eine Informationskampagne mit Inseraten und Plakaten aus. Die Wiener Grünen stecken überdies 250.000 Euro aus der Parteikasse in eine eigene Kampagne mit Plakaten und Hausbesuchen.

Die Nettokosten für die Befragung selbst bezifferte Informationsstadtrat Christian Oxonitsch (SPÖ) zuletzt pro teilnehmendem Bezirk mit 283.000 Euro, was in Summe 566.000 Euro entspricht. Dies umfasse etwa das Drucken der Stimmzettel, das Anschreiben der Stimmberechtigten oder auch die Kosten für die Auszählung.³³

BIG fixiert Verwertung des ehemaligen Handelsgerichts in der Riemergasse

Die BIG hat im Oktober 2003 ein strukturiertes Verfahren für die Suche nach einem Projektentwicklungspartner eingeleitet, der gemeinsam mit der BIG eine neue Nutzung für das ehemalige Handelsgericht in der Riemergasse umsetzt. Mit insgesamt 13 verschiedenen Projektentwicklern und

³³ Vgl. Die Presse (30.02.2015), Mariahilfer Straße: Befragung selbst kostet 566.000 Euro

Investoren aus dem In- und Ausland gab es Gespräche und Verhandlungen.

Als Bestbieter bei diesem Verfahren ist ein Unternehmen der holländischen van Herk- Gruppe hervorgegangen die für die notwendigen Dienstleistungen vor Ort das österreichische Projektentwicklungsunternehmen Raiffeisen Evolution heranziehen wird. Die van Herk Gruppe ist einer der größten Immobilienentwickler und -investoren sowie Bauherren in den Niederlanden und investiert und entwickelt mittlerweile schwerpunktmäßig in Zentral- und Osteuropa.³⁴

Liegenschaftstransaktionen des BMLVS, der ASFINAG und des Stadtentwicklungsfonds Korneuburg

Die Republik Österreich schöpfte bei einem Liegenschaftstausch mit einem privaten Unternehmen ein Erlöspotenzial von mindestens 1,30 Mio. EUR nicht aus: Der Tauschwert war um 72 % zu niedrig. Hintergrund dieses Tausches war eine vom privaten Unternehmen angedrohte Betriebsabsiedelung aufgrund eines Flächenverlusts im Zuge der Errichtung der S 1 West durch die ASFINAG im Raum Korneuburg. Da vom privaten Unternehmen jedoch keine

³⁴ Vgl. APA OTS

Standortgarantie eingefordert wurde, war der Fortbestand der Einnahmen aus der Kommunalsteuer nicht gesichert. Ebenso wenig wird die Republik Österreich mangels Nachbesserungsklausel von einem möglichen Gewinn im Rahmen einer Weiterveräußerung der Liegenschaft profitieren können.

Dem Liegenschaftstausch gingen Grundeinlösen für die S 1 West durch die ASFINAG voraus. Dabei erlöste die Republik Österreich (BMLVS in Absprache mit dem BMF) 60 EUR je m². Im nachfolgenden Liegenschaftstausch mit dem privaten Unternehmen akzeptierte sie hingegen einen Tauschwert von nur rd. 16,75 EUR je m². Aus den großen Wertunterschieden resultierte das nicht ausgeschöpfte Erlöspotenzial von mindestens 1,30 Mio. EUR.

Der Stadtentwicklungsfonds Korneuburg erzielte in einer weiteren mit dem Liegenschaftstausch in Zusammenhang stehenden Transaktion einen Preis von 75 EUR je m².³⁵

³⁵ Vgl. Rechnungshofbericht Niederösterreich (01.03.2014)

Geschäftsführer prasst mit Steuergeld

Ursprünglich hätte der Architekt das Wohnheim am Hietzinger Kai planen sollen. Nach groben Differenzen löste das KWJ den Vertrag 2006 auf und klagte den Architekten auf Schadenersatz in der Höhe von 536.000 Euro.

Die Klage wurde in allen Instanzen abgewiesen. Gleichzeitig stellten die Gerichte fest, dass der Vertragsrücktritt zu Unrecht erfolgte. Das KWJ musste die Prozesskosten von 75.000 Euro tragen, dazu kamen Anwaltskosten von 173.000 Euro.

Im Büro Oxonitsch will man dazu keine Stellungnahme abgeben, ein Sprecher verweist auf Podkowicz selbst. Dieser war am Dienstag für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Unterdessen wird am Donnerstag erneut eine 800.000-Euro-Subvention für das KWJ beschlossen.³⁶

³⁶ Vgl. Der Kurier (28.02.2015), Geschäftsführer prasst mit Steuergeld

AKH: Rechnungshof kritisiert enorme Kosten durch leer stehende Spitalsbetten.

Demnach standen zwischen den Jahren 2005 und 2011 rund 250 bis 330 der behördlich genehmigten (systemisierten) Betten nicht für eine tatsächliche Belegung zur Verfügung. Insgesamt hatte das Spital im Jahr 2011 über rund 2100 genehmigte Betten verfügt.

Im Vergleich zu den übrigen Spitälern des Wiener Krankenanstaltenverbundes (KAV) verzeichnete das AKH damit höhere Bettensperren.

Die Folge sind jedenfalls hohe Leerstandskosten: Sie beliefen sich im Prüfungszeitraum zwischen 126,27 und 319,26 Millionen Euro. „Es wäre festzulegen, ob Strukturen reduziert oder zusätzliche Leistungen erbracht werden sollen“, halten die Prüfer fest.³⁷

³⁷ Vgl. Der Kurier (10.05.2013), AKH: RH kritisiert enorme Kosten durch leer stehende Spitalsbetten

Heeresspital: Viel zu groß, viel zu teuer

Die durchschnittliche Auslastung des stationären Bereichs der militärischen Krankenanstalten betrug laut Rechnungshof ganze fünf (!) Prozent. Für die Krankenbetten in den Heeresspitälern gilt: „In der Planung wurde nicht berücksichtigt, dass die Kosten pro Belagstag rund das Zweieinhalbfache jener der Wiener Krankenanstalten auswiesen“, heißt es in dem Bericht trocken. Dazu kommt, dass es für die geplante personelle Aufstockung keine Kostenrechnung gab. Die hat nun der Rechnungshof nachgeholt – und kam auf 19 Millionen Euro pro Jahr.³⁸

Luftraumüberwachungsflugzeuge - Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH; Follow-up-Überprüfung

Im Vergleich wurde eine Entgeltreduktion von 120 Mio. EUR bei den Betriebskosten (In-Service-Support-Verträge), hochgerechnet auf die geplante Nutzungsdauer der Flugzeuge von 30 Jahren, angeführt. Von diesen 120 Mio. EUR waren rd. 17 Mio. EUR bei den ersten Serviceverträgen gesichert. Bei den Folgeverträgen wies das BMLVS eine Entgeltreduktion

³⁸ Vgl. Die Presse (03.12.2009), Heeresspital: Viel zu groß, viel zu teuer

aus dem Vergleich in Höhe von rd. 19 Mio. EUR aus. Die Höhe der Entgeltreduktion war nicht nachvollziehbar.

Die Verfügbarkeit von Ersatz- und Umlaufteilen war trotz Bemühungen des BMLVS eingeschränkt. Durchschnittlich waren rd. 24 % (2010) bzw. rd. 32 % (2011) der Gesamtflotte wegen fehlender Ersatz- und Umlaufteile nicht einsatzbereit, wobei Beeinträchtigungen insbesondere im zweiten Halbjahr 2011 vorlagen.

Keiner der Eurofighter-Piloten erreichte die vom BMLVS für die volle Einsatzbefähigung vorgesehene jährliche Flugstundenleistung. Statt 110 Flugstunden jährlich absolvierten sie im Durchschnitt 74 Stunden (2010) bzw. 70 Stunden (2011).

Die nachvollziehbaren Gesamtausgaben für das System Eurofighter beliefen sich von 2005 bis 2011 - unter Berücksichtigung der Refundierung aufgrund des Vergleichs von 250 Mio. EUR im Jahr 2009 - auf rd. 1,566 Mrd. EUR. Für die Jahre 2012 bis 2015 schätzte das BMLVS die Folgeausgaben einschließlich ausständiger Kaufpreistraten für die Flugzeuge auf rd. 1,011 Mrd. EUR.³⁹

³⁹ Vgl. Rechnungshofbericht Bund (01.02.2013)

Flughafen Wien AG; Projekt Skylink

Der Flughafen Wien startete im Jahr 2000 wegen kontinuierlich steigender Passagierzahlen das Projekt Skylink, den Neubau eines Terminals und Piers. Schwere Planungs-, Koordinations- und Durchführungsmängel verzögern nicht nur die Fertigstellung um rd. 4,5 Jahre; die geschätzten Kosten erreichen - unter Einrechnung aller im Zusammenhang mit dem Skylink stehenden Investitionen - mehr als 952 Mill. EUR und haben sich damit im Vergleich zu den ersten Schätzungen (402 Mill. EUR) mehr als verdoppelt. Damit geraten die Gesamtinvestitionen an die Grenzen der Wirtschaftlichkeit.⁴⁰

RH: ÖBB kaufte Schrott-Loks um Millionen

Der Rechnungshof kritisiert auch den Kaufpreis: Die Anschaffungskosten der Lokreihe 1014 seien im Vergleich zur Lokreihe 1116 um 23,4 Millionen Euro höher gewesen, obwohl die 1014er auf einer älteren Technik beruhten und eine geringere Leistung erbrachten. Auch die Reparaturkosten waren deutlich höher.

⁴⁰ Vgl. Rechnungshofbericht Wien (01.01.2011)

Der Rechnungshof (RH) kritisiert die ÖBB für einen millionenschweren Fehlkauf. In den Jahren 1993/1994 kaufte die ÖBB laut Rechnungshof 18 Loks (Triebfahrzeuge der Baureihe 1014) zu einem Stückpreis von 3,97 Millionen Euro. In den Jahren 2008 bis 2010, also 15 Jahre später, wurden die Triebfahrzeuge auf einen Schrottwert von 15.000 Euro pro Stück abgeschrieben. Die 2010 begonnenen Versuche, die Loks zu verkaufen, blieben erfolglos, geht aus dem am Mittwoch veröffentlichten RH-Bericht hervor.

Eigentlich hätten die von Elin und SGP (mittlerweile Siemens) gebauten Loks auf 30 Jahre abgeschrieben werden sollen, 2009 wurden sie aber vorzeitig stillgelegt. Die permanenten Mängel - eine Lok brannte 2001 völlig aus - hätten den Betrieb unrentabel gemacht, so der RH. Zwischen 2005 und 2013 brockten die Loks der ÖBB einen Verlust von 24,5 Millionen Euro ein.⁴¹

⁴¹ Vgl. Der Standard (12.11.2014), RH: ÖBB kaufte Schrott-Loks um Millionen

EU klagt Österreich wegen Bahnfinanzierung

Im Kern geht es um die so genannten "Gemeinwirtschaftlichen Leistungen" (GWL), also die Basisfinanzierung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs in Österreich. Der GWL-Vertrag mit der ÖBB wurde 2011 unter der damaligen Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) in Direktvergabe geschlossen, also ohne öffentliche Ausschreibung, und läuft bis 2019. Mit diesem GWL-Vertrag bestellt der Bund pro Jahr 72 Millionen Zugkilometer (davon zwölf im Fernverkehr) bei der ÖBB Personenverkehr AG, weitere zehn Mio. die Länder. In Summe bekommt die ÖBB dafür per annum 765 Millionen Euro.

Den Einsatz dieser mit runderneuerten IC-Reisezugwagen und 200 Stundenkilometern düsenden Pendlerzügen lässt sich die ÖBB fürstlich abgelten: Allein die Stadt Wien zahlt für rund 11.000 Zugkilometer (von Wien Westbahnhof bis Purkersdorf-Sanatorium) pro Jahr fast 440.000 Euro, was Niederösterreich hineinbuttert, ist geheim. Da die Strecke wesentlich länger ist, werden es wohl nicht 39,90 Euro pro Kilometer sein.⁴²

⁴² Vgl. Der Standard (26.11.2014), EU klagt Österreich wegen Bahnfinanzierung

Verkehr: ÖVP kritisiert Wiens teuren Schilderwald

200.000 Verkehrsschilder gibt es laut ÖVP in Wien. Der Ersatz eines kostet demnach 600 Euro. "Wenn man diese Summe mit anderen Landeshauptstädten vergleicht - in Linz beträgt sie 140, in Innsbruck schlanke 88 Euro - ist das eine unglaubliche Geldverschwendung", kritisierte VP-Verkehrssprecher Wolfgang Gerstl. Die Stadt Wien hätte somit bei einem vergleichbaren Einsatz wie in Linz oder Innsbruck bisher 90 Millionen Euro an Steuergeldern sparen können.⁴³

Rechnungshof-Kritik an Umsetzung der Rettungsgasse

Kritik an der Umsetzung der Rettungsgasse übt der Rechnungshof in einem jetzt erschienen Bericht. Demnach betragen die Gesamtaufwendungen der Umsetzungen rund 4,62 Millionen Euro. Zeitersparnis bei der Zufahrt zum Einsatzort konnte nicht nachgewiesen werden, obwohl dies einer der maßgeblichen Gründe für die Einführung der Rettungsgasse gewesen war, stellte der Rechnungshof fest.

⁴³ Vgl. Die Presse (01.04.2010), Verkehr: ÖVP kritisiert Wiens teuren Schilderwald

Der Rechnungshof übt auch Kritik daran, dass die Asfinag mit der Abwicklung der Informations- und Kommunikationskampagne betraut wurde, obwohl dort diesbezügliche fachliche Ressourcen fehlten. Dadurch entstanden zusätzliche Kosten für Medien- und Rechtsberatung in Höhe von 56.100 bzw. 34.600 Euro. Diese lagen deutlich über den Kosten einer von der Größenordnung vergleichbaren Kampagnenabwicklung des Verkehrsministeriums.

Laut Rechnungshof war die Wertermittlung und somit die Wahl der Abwicklung des Wettbewerbs durch die Asfinag mangelhaft. So sei der Auftragswert der zur vergebenden Agenturleistungen von der Asfinag auf unter 193.000 Euro geschätzt worden, obwohl das Verkehrsministerium die Gesamtkosten bereits auf vier bis fünf Millionen geschätzt hatte.

Ungünstig gestaltete sich auch der Kauf der Bildmarke für die Rettungsgasse. Erst entschied sich die Asfinag für einen geladenen Wettbewerb, der nach der Bekanntgabe des Siegers gestoppt wurde. Dennoch wurde die Nutzung einer Bildmarke des Wettbewerbsiegers um 90.000 Euro erworben, diese hatte er zuvor um 25.000 Euro angeboten gehabt. Die

Asfinag stand jedoch unter Zeitdruck, was sich ungünstig auf den Kaufpreis auswirkte, so der Rechnungshof.

Verabsäumt wurde auch die Sicherung der Internetadresse www.rettungsgasse.at. Diese kaufte der Ex-Sprecher des ehemaligen Verkehrsministers Hubert Gorbach und wollte sie teuer an das Verkehrsministerium weiterveräußern, eine Einigung scheiterte. Daraufhin sattelte man auf www.rettungsgasse.com um und musste für Suchmaschinenoptimierung 7.200 Euro zahlen.

Als nur eingeschränkt möglich stellte sich auch die Überwachung der Rettungsgasse dar. So gab es in den Jahren 2012 und 2013 wegen Nichtbildung und dem verbotenen Durchfahren lediglich 586 Übertretungen. Gering waren auch die Strafgeleinnahmen, die seit Einführung rund 33.000 Euro betragen. "Im Durchschnitt lag die erhobene Strafhöhe mit rund 104 Euro im unteren Bereich des Strafrahmens", so der Rechnungshof, der auch die unterschiedliche Erfassung und Bearbeitung von Anzeigen desselben Deliktes innerhalb der Bundespolizei kritisierte.⁴⁴

⁴⁴ Vgl. Der Standard (12.11.2014), RH-Kritik zur Umsetzung der Rettungsgasse

Was beim Stadthallenbad schiefging

Vor Gericht wird der Schuldige im Stadthallenbadsanierungsdebakel gesucht. Der Streitwert ist hoch, und es gibt viel zu verlieren. Der eine muss um seine Existenz zittern und hat seinen Ruf als Generalplaner zu verlieren. Die Wiener Stadthalle riskiert den Vorwurf, erheblich Steuergeld verschleudert zu haben. 9,1 Millionen Euro lautet der Streitwert – auf diesen Betrag hat die Wiener Stadthalle den ehemaligen Generalplaner, Georg Driendl, wegen der Stadthallenbadsanierung geklagt.⁴⁵

Kärnten: Das Erbe der FPK ist schlimmer als befürchtet

Bis 2021 muss das Land zwölf Millionen Euro für das kaum genutzte Wörthersee-Stadion zuzahlen, das für die Fußball-EM 2008 auf heftiges Betreiben Jörg Haiders hypertroph auf 32.000 Zuschauer ausgelegt wurde. Bespielt wird es heute von Austria Klagenfurt; die Mannschaft rangiert derzeit auf Rang acht der Regionalliga Mitte. Durchschnittlich verloren sich im Stadion-Rund bei einem Heimspiel dieser Saison laut Liga-Statistik 669 Zuschauer. Auslastungsgrad 2,1 Prozent das ist für ein Fußballstadion dieser Größe wohl negativer

⁴⁵ Vgl. Die Presse (20.07.2014), Was beim Stadthallenbad schiefging

Weltrekord. Anders gerechnet: Bei 20 Spieltagen subventioniert das Land jedes Match mit 75.000 Euro.

Nicht viel billiger kommt Kärnten auch die Seebühne Klagenfurt eine weitere Idee des tödlich verunglückten Landeshauptmanns. Als Kulturlandesrat Wolfgang Waldner (ÖVP) das Objekt bei seinem Amtsantritt übernahm, fiel er aus allen Wolken: 645.000 Euro jährlich muss er aus seinem schmalen Kulturbudget für die nur an elf Tagen im Jahr bespielte Seebühne lockermachen. Die einzelnen Veranstaltungen wurden von Waldners Vorgänger Harald Dobernig (FPK) noch gesondert subventioniert. Die vorjährige Starnacht am Wörthersee etwa bekam 200.000 Euro zugeschossen, der Auftritt des Nockalm-Quintetts wurde mit vergleichsweise bescheidenen 45.000 Euro unterstützt so viel nimmt die Seebühne übrigens in einem Jahr ein.

In manchen Jahren hatte die Problembühne bis zu fünf Millionen Euro Verlust erwirtschaftet. Wichtigster Geldgeber war, wie bei den meisten Haider-Projekten, die Hypo Alpe-Adria...

... 74.000 Euro gab Finanzlandesrat Dobernig im Jänner für seinen Neujahrsempfang aus; die von ihm inszenierten Valentinskonzerte mit Auftritten von FPK-Granden schlugen

mit 111.720 Euro zu Buche. Landeshauptmann Dörfler hatte deren Kosten mit 50.000 angegeben.

Profil konnte vergangene Woche in Klagenfurt eben aufgetauchte Rechnungen für Geschenkartikel einsehen, die Dörfler als Straßenreferent kurz vor Wahlkampfbeginn als Verteilmaterial angekauft hatte. Für PEZ-Zuckerl-Spender mit dem Motiv Polizist Ferdinand wurden stolze 46.200 Euro ausgegeben, für die dazugehörigen Zuckerl weitere 22.800. 1000 Windjacken beliefen sich auf 43.300 Euro, 7500 Kinderzahnbürsten auf 18.900 Euro.

Bau-Landesrat Gerhard Köfer war in einer Villacher Lagerhalle schon vor zwei Wochen auf offenbar nicht mehr unter die Wähler gebrachte Geschenkartikel gestoßen: 2500 Fahrradhelme, 6500 Babyschnuller, 17 Schaukelpferde und 27 Plüschtiger. Geschätzter Wert: 50.000 Euro.

Beim Spatenstich an der Lavanttal-Brücke ließ Dörfler ein Liebhaber solcher Zeremonien 1000 Spaten an die Besucher verteilen. In das Fundament wurde blauer Beton eingegossen. Da sich die Parteifarbe während der Bauzeit änderte, wurden die letzten Brückenmeter in Orange betoniert, recherchierte Anfang Mai die Kleine Zeitung. Dörfler habe das einen Dank

der Baufirma genannt, die freilich auch allen Grund hatte, sich zu bedanken.⁴⁶

Planetarium erhält 75.000 Euro Förderung vom Land Kärnten

Das Planetarium, dessen Betreiber die TGG TOP Group GmbH ist, bekommt 75.000 Euro Förderung vom Land. Darauf haben sich heute, Mittwoch, Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ), Finanzreferentin Gaby Schaunig (SPÖ) und Kulturreferent Christian Benger (ÖVP) geeinigt. Damit sei der langfristige Fortbestand gesichert. „Das Planetarium ist als Lern- und Erlebnisort wertvoll für Kärnten und für uns alle unverzichtbar“, betonte Kaiser. Jetzt sei auch die Stadt Klagenfurt aufgefordert, die Zukunft des Planetariums mitzugestalten und sich an der Finanzierung mit ebenfalls 75.000 Euro zu beteiligen, heißt es in einer Aussendung des Landespressedienstes.⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Profil (27.05.2013), Kärnten: Das Erbe der FPK ist schlimmer als befürchtet

⁴⁷ Vgl. Kleine Zeitung (28.01.2015), Planetarium erhält 75.000 Euro

Schloss Reifnitz: Rüffel vom Rechnungshof

Der Kaufpreis von 6,4 Mio. Euro beruhte laut Kaufvertrag von 2005 auf der Voraussetzung, ein hochwertiges Tourismusprojekt innerhalb der Fünf- oder Sechsstern-Kategorie zu errichten. Der Kaufpreis lag damit laut Rechnungshof bis zu 30 Prozent unter einem etwaigen Kauf für eine Privatnutzung. Es hätten 83 Mio. Euro investiert und 70 Arbeitsplätze geschaffen werden sollen.

Die Gemeinde hatte ein im Kaufvertrag vereinbartes Wiederkaufsrecht, auf das sie aber im November 2011 verzichtete, obwohl das Tourismusprojekt nicht umgesetzt wurde. Dafür erhielt Maria Wörth vom Investor eine Ablöse von einer Mio. Euro. Eigentlich hätte sich die Gemeinde mit dem Wiederkaufsrecht bis Februar 2015 Zeit lassen können. Doch indem man frühzeitig darauf verzichtete, verlor die Gemeinde laut Rechnungshof die letzte Chance, dass das touristische Projekt doch noch umgesetzt hätte werden können. Es habe für die Gemeinde keinen Grund gegeben, vorzeitig auf ihr Recht zu verzichten. Man habe auch keine neuen Investoren oder Interessenten gesucht.

Die Kosten von 82.000 Euro für die Verträge wurden vom Land mit Steuergeld bezahlt. Das sei laut RH unüblich, weil die

Rechtsgeschäfte zugunsten des Investors erfolgten. Auch bei einer weiteren Transaktion trug das Land die Kosten von 24.000 Euro, auch dies laut RH nicht nachvollziehbar.⁴⁸

Streitgespräche über Stadionmillion

1,1 Millionen Euro Steuergeld aus der Stadtkasse für Flutlicht und überdachte Tribünen etc. Damit Westligist SV Austria Salzburg tauglich für die Bundesliga ist, während an vielen Ecken und Enden offenbar das Geld fehlt - Stichwort Hallenbad und andere Themen.⁴⁹

Polit-Zwist um Fußballförderung

Ordentlich Staub aufgewirbelt hat der Exklusivbericht der Kleinen Zeitung über die wirtschaftlichen Probleme beim Fußballverein TSV Hartberg und das Ansuchen des Vereines bei der Stadt um Finanzhilfe. Auch der geplante Ausbau des Stadions um 1,45 Millionen Euro gerät in diesem Umfeld zunehmend ins Gerede. Angesichts eines Zuseherschnitts von

⁴⁸ Vgl. ORF NEWS – Kärnten (28.01.2015), Schloss Reifnitz: Rüffel vom RH

⁴⁹ Vgl. ORF NEWS – Salzburg (18.09.2014), Streitgespräche über Stadionmillion

nur 1000 Fans bei den TSV-Spielen frage sich, ob "Profi"-Fußball hier förderungswürdig sei, kritisiert der Grüne Landessprecher Lambert Schönleitner. Er will bei LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (VP) anfragen, wie viel Geld im Land zuletzt im regionalen Profi-Fußball versunken sei.⁵⁰

Krach um Büro für Tourismus

Wegen des geplanten Umbaus des ehemaligen Tourismusbüros auf dem Rochusplatz steigt in der Stadt Hartberg die politische Fieberkurve. Um 500.000 Euro will die Stadtgemeinde das in ihrem Besitz befindliche Gebäude um 230 Quadratmeter erweitern, die Grünen wittern eine Verschwendung von Steuergeld.

Denn erst zu Jahresbeginn sind die Touristiker vom Rochusplatz ins Wegraz-Gebäude in die Alleegasse gesiedelt, wo ihnen die Gemeinde um 330.000 Euro ein 171-Quadratmeter-Büro gekauft hat. Dazu kamen laut Grünen-Gemeinderat Heinz Damm 140.000 Euro für Fertigstellung und Einrichtung. „Damals hieß es, das Quartier am Rochusplatz sei zu klein. Jetzt wird es ausgebaut. Man hätte

⁵⁰ Kleine Zeitung (24.09.2014), Polit-Zwist um Fußballförderung

eine halbe Million Euro sparen können“, ärgert er sich. Es sei bezeichnend, wie die Gemeinde mit Geld umgehe.⁵¹

Schladming rutscht ins Minus

Schwierig wird die Erhaltung des 16,2 Millionen Euro teuren "Congress Schladming", der während der WM als Presse- und später als Eventzentrum dient. Kongresse in die Obersteiermark zu holen, wird mangels Luxushotels und Schnellstraße eine Aufgabe. "Und die Schladminger Vereine können sich die Mieten im neuen Haus nicht leisten", sagt Pott. "Die muss man mit öffentlichen Mitteln wieder fördern."⁵²

Steuergeld für kleine Skilift-Betreiber

Die Förderungen für Investitionen und Unterstützung bei Sicherheits-Überprüfungen werden bis Ende 2016 verlängert. Dafür veranschlagt das Land eine Fördersumme von mehr als 700.000 Euro, sagt Wirtschafts- und Tourismuslandesrat Michael Strugl, aus dessen Ressort die Beträge kommen.

⁵¹ Vgl. Kleine Zeitung (27.01.2015), Krach um Büro für Tourismus

⁵² Vgl. Der Standard (30.01.2013), Schladming rutscht ins Minus

Anlässlich dieser Förderaktion wurden auch andere Zahlen bekanntgegeben: 3.944.254 Euro erhielten jene Seilbahnen in Oberösterreich, die hohe bis durchschnittliche touristische Bedeutung haben, in der letzten Förderperiode von Juli 2012 bis Ende 2014 an Investitionsförderungen. Dazu gehören die Hinterstoder-Wurzeralm Bergbahnen AG (Hiwu) inklusive Kasberg und Hochficht, die OÖ. Seilbahnholding mit ihren Betrieben rund um den Dachstein. Für die nicht rentable Kasberg-Bahn gibt es sogar eine auf 300.000 Euro pro Jahr limitierte Verlustabdeckung.⁵³

Salzburgs Thermen halten sich über Wasser

Mehr als 20 Millionen Euro ließ sich das Land Salzburg in den vergangenen zehn Jahren die Förderung von Thermen- und Bäderprojekten kosten.

Im Fall Altenmarkt waren es - so steht es in der Antwort - 5,3 Millionen Euro (Beiträge des Landes und des Gemeindeausgleichsfonds zusammengenommen), in Kaprun sieben Millionen, in Golling 1,1 und beim Hallenbad Zell am See 1,5 Millionen. Die Felsentherme in Bad Gastein erhielt

⁵³ Vgl. nachrichten.at (02.12.2014), Steuergeld für kleine Schilift-Betreiber

ebenfalls 1,5, die Alpentherme in Bad Hofgastein 2,7 Millionen. In die Thermalwasserbohrung für das noch nicht verwirklichte Vorhaben in Embach bei Lend flossen fast 540.000 Euro. Knapp 50.000 Euro waren es beim nicht realisierten Projekt Theba Saalachtal in St. Martin bei Lofer.⁵⁴

Brennerbasistunnel nicht "unnützig", aber überschätzt

Enttäuscht wird, wer von Lercher eine Kosten-Nutzen-Analyse erhofft. Eine solche blieben BBT-SE und Verkehrsministerium der Öffentlichkeit bis dato schuldig. Jene des Politecnico Milano für den italienischen Teil fiel ernüchternd aus: Trotz zugrunde gelegter hoher Verkehrswerte kamen als Nutzen für die Bevölkerung durch Verringerung von Lärm 2025 bis 2055 bei Tunnelbaukosten von 3,2 Mrd. Euro nur 200 Mio. heraus.⁵⁵

⁵⁴ Vgl. Salzburger Nachrichten (13.01.2015), Salzburgs Thermen halten sich über Wasser

⁵⁵ Vgl. Der Standard (06.05.2014), Brennerbasistunnel nicht „unnützig“, aber überschätzt

Altenbetreuung in Kärnten und Tirol

Für Altenwohn- und Pflegeheime galten in Tirol 391 verschiedene Tarife, in Kärnten 70. Bei gleichem Betreuungsbedarf betragen die Tarifunterschiede in Kärnten bis zu 509 EUR, in Tirol bis zu 945 EUR. Die Gesamtkosten für die Betreuung in Altenwohn- und Pflegeheimen wurden in beiden Ländern unvollständig erfasst.

Nach einer Hochrechnung des RH waren die Gesamtkosten je Heimplatz in Tirol um rd. 25 % höher als in Kärnten, die vom Land Tirol und den Gemeinden zu tragenden Kosten um rd. 40 %. In Tirol fehlten verbindliche Vorgaben betreffend das Pflegepersonal und die bauliche Ausgestaltung der Heime; regelmäßige Überprüfungen fanden nicht statt. In Kärnten gab es zwar Personalvorgaben, 85 % der Heime hielten sie jedoch im Jahr 2008 nicht ein.

Im Bezirk Völkermarkt fehlten 2010 rd. 100 Heimplätze. Der Sozialhilfverband Völkermarkt plante seit 2005 die Errichtung neuer Heime, kam jedoch über das Planungsstadium nicht hinaus. Die Anschaffung eines letztlich nicht benötigten Grundstücks und die Adaptierung eines Heimes für ein nicht verwirklichtes Pflegekonzept verursachten Kosten in Höhe von 1,22 Mill. EUR. Der

Sozialhilfeverband Völkermarkt benötigte Gemeindeumlagen, die sich von 2006 bis 2008 auf 1,1 Mill. EUR (rd. 18 % der Einnahmen) verdoppelten und verrechnete den Heimbewohnern teilweise andere Tarife, als vom Land Kärnten vorgegeben waren. Ohne aufsichtsbehördliche Genehmigung gründete er 2008 eine GmbH und brachte teilweise mit Landesmitteln finanziertes Vermögen in diese ein.

Der Gemeindeverband Altenwohnheim Telfs stellte 2009 rund ein Drittel mehr Heimplätze zur Verfügung als dem vom Land berechneten Bedarf entsprach. Er erhielt keine Gemeindeumlagen zur Abgangsdeckung, verschob aber Belastungen in die Zukunft. Die bauliche Ausgestaltung eines neu errichteten Heimes in Seefeld entsprach nicht den Zielwerten des Landes Tirol. Obwohl 72 Pflegeplätze gefördert wurden, waren nur 41 belegt.⁵⁶

⁵⁶ Vgl. Rechnungshofbericht Bund (02.02.2011), Altenbetreuung in Kärnten und Tirol

Kritik an Innsbrucker Kreuzungsumbau bleibt

Der rund 40 Millionen Euro teure Umbau der Grassmayr-Kreuzung ist - zumindest politisch - nach zwölf Jahren Diskussion beschlossene Sache. Das Innsbrucker Budget 2013 wurde im Dezember im Gemeinderat mit 25 zu 15 Stimmen angenommen - Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (Liste "Für Innsbruck") hatte den Kreuzungsumbau mit dem Durchbringen des Budgets der Regierungskoalition FI-Grüne-SP verknüpft.

Das Projekt basiert auf einem Tunnel zwischen Leopold- und Tschamlerstraße. Ausgerechnet dort befänden sich aber keine Wohnhäuser, sondern ein Kino, ein Rechenzentrum und eine Tankstelle, kritisiert die Initiative: Der Ausbau würde zudem zwischen 6000 und 20.000 Autos mehr bringen, nicht weniger. Weiterer Teil des Projektes ist eine Rampe: Diese soll eine Durchfahrt vom Hauptbahnhof bis über die Kreuzung möglich machen. Und das alles, obwohl die Autobahn rund 500 Meter entfernt sei.⁵⁷

⁵⁷ Vgl. Der Standard (02.01.2013), Kritik an Innsbrucker Kreuzungsumbau